

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Donnerstag, 17. August 1989

Nr.158 (6 036)

Preis 3 Kopeken

Gemäß dem Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU wird hiermit der Entwurf der Plattform der KPdSU „Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den Gegenwartsverhältnissen“ veröffentlicht, der auf dem bevorstehenden Plenum des ZK über zwischenstaatliche Beziehungen erörtert werden soll.

Entwurf

Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den Gegenwartsverhältnissen

(Die Plattform der KPdSU)

Die nationale Frage hat sich in der Sowjetunion in der letzten Zeit außerordentlich verschärft. Die Partei sieht ein, daß die Lösung der im Zusammenhang damit entstandenen Probleme von gewaltiger Bedeutung für die Geschichte der Umgestaltung und für die Zukunft unseres Landes ist. Eine solche Lösung kann und muß nur auf dem Wege der revolutionären Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft gefunden werden. Eine ausschlaggebende Bedeutung werden in dieser Hinsicht die Umwandlungen gewinnen, die in der gegenwärtigen Etappe der Reform des ökonomischen und politischen Systems des Sozialismus in der UdSSR verwirklicht werden. Die prinzipiellen Herangehensweisen an die Lösung dieser Aufgabe wurden in der Resolution der XIX. Unionspartei-Konferenz der KPdSU „Über die zwischenstaatlichen Beziehungen“ umrissen.

Nach dem I. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR und der darauffolgenden Bildung der neuen Unions-, Republik- und örtlichen Machtorgane entsteht der politische Mechanismus, in dessen Rahmen die herangereiften Fragen der Entwicklung der sowjetischen Nationen und der zwischenstaatlichen Beziehungen gelöst werden können. Der Nationalitätenpolitik des Obersten Sowjets der UdSSR und seiner Kommissionen sind berufen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Was haben wir geerbt?

Um die Maßstäbe und Bedeutung des in den Jahren der Sowjetmacht geleisteten zu begreifen, muß man wissen, womit wir begonnen haben. Auf den riesengroßen Flächen und insbesondere in den nationalen Regionen gab es faktisch keine Industrie, ganze Schichten der nationalen Kultur waren der Volksmassen unbekannt. Viele Völker befanden sich im feudalen und sogar im Stadium der patriarchalischen Entfaltung der gesellschaftlichen Entwicklung. Die soziale Ungleichheit wurde durch die nationale Unterdrückung verstärkt.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution gingen die Partei und die Sowjetmacht an die Realisierung des sozialistischen Programms in der nationalen Frage über. Zu seinem Kernpunkt wurden die von W. I. Lenin proklamierten Losungen über die nationale Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit der Werktätigen.

Die Gründung der Union der SSR verließ im scharfen politischen Kampf. Es stellten sich verschiedene Herangehensweisen an den zukünftigen nationalstaatlichen Aufbau des Landes heraus. W. I. Lenins Verdienst besteht darin, daß es damals gelang, kein Extrem zuzulassen: der Vorschlag über die Konföderation, d. h. über solche einen Aufbau, der es nicht gestattete, die Kräfte und Möglichkeiten der jungen Sowjetrepubliken zwecks Erreichung der gemeinsamen Ziele zu vereinen sowie der Entwurf über die „Autonomisierung“, der die Unabhängigkeit der nationalstaatlichen Gebilde auf ein Minimum reduzierte und faktisch auf die Bildung eines unitarischen Staates gerichtet war.

Die Vereinigung der Republiken erfolgte auf der Grundlage der sowjetischen Föderation, die den Völkern die Möglichkeit gab, einerseits ihr Recht auf die Selbstbestimmung und die Gründung eigener Staatlichkeit zu realisieren und andererseits — die Vorteile auszunutzen, die sich aus der Vereinigung ihrer Kräfte sowie aus der gemeinsamen Entwicklung auf dem sozialistischen Wege ergaben.

Viele Nationen hatten ihre eigene Staatlichkeit sowie verschiedene Formen der national-territorialen Autonomie wiederhergestellt oder erstmalig geschaffen. Die Gründung des sozialistischen Unionsstaates auf der Grundlage des Vertrags von 1922 und der Verfassung der UdSSR von 1924 gab die Möglichkeit, mit vereinten Kräften die Industrialisierung des Landes und die sozialistische Umgestaltung des Dorfes bei der Orientierung auf die Beseitigung der Rückständigkeit der Randgebiete und auf die Angleichung der ökonomischen Entwicklung und der materiellen Versorgung der Völker durchzuführen. Es entstand ein einheitlicher volkswirtschaftlicher Komplex. Die soziale Struktur der sowjetischen Nationen hat sich qualitativ verändert. Im Möglichkeiten für die Aufrechterhaltung und Entwicklung der nationalen Eigenart geschaffen. Gleichzeitig erfolg-

Das ZK der KPdSU erachtet es für notwendig, die gegenwärtige Politik der Partei in der nationalen Frage als einen der wichtigsten Bestandteile der gesamten Konzeption der Umgestaltung zu bestimmen, die unter Berücksichtigung der einheimischen und der Weiterführungen die Bedingungen für die freie Entwicklung aller Völker unseres Landes, für die Festigung ihrer Freundschaft und Zusammenarbeit auf den Prinzipien der organischen Verbindung der Gleichheit der Völker und der Gleichheit der Menschen unabhängig von ihrer Nationalität gewährleisten würde.

Die vorgeschlagene Plattform ist das Ergebnis der Analyse und des Vergleichs der Meinungen von Parteikomitees, Staatsorganen, wissenschaftlichen Einrichtungen, der breiten Öffentlichkeit und verschiedener gesellschaftlicher Bewegungen, der Wissenschaftler und der Pressepublikationen. Das ist das Ergebnis der Berücksichtigung der auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR vorgebrachten neuen Ideen. Das ist auch die Widerspiegelung der Meinungen sowjetischer Menschen verschiedener Nationalitäten, die in den Briefen an das ZK der KPdSU enthalten sind.

ten die durch die Einheit der Ziele und ideale bedingte Integrationsprozesse, die objektiv zur Herausbildung einer neuen sozialen Gemeinschaft — des sowjetischen Volkes — führten.

All das diente als Grundlage für die allmähliche Überwindung des früheren Haders und Mißtrauens und für die Entwicklung der Völkerverfreundschaft. Ihre Kraft und Festigkeit kamen in vollem Maße während des Vaterländischen Krieges zum Ausdruck, als sich alle sowjetischen Menschen zum Schutz der Freiheit und Unabhängigkeit ihrer multinationalen Heimat erhoben und gemeinsam den Sieg über den Faschismus errungen hatten.

Trotz aller Widersprüche der weiteren Entwicklung nahm der ökonomische, soziale und geistige Fortschritt der Völker unentwegt zu. In allen Regionen des Landes entstanden gewaltige Produktivkräfte. In den Republiken sind eine eigene Arbeiterklasse sowie eine wissenschaftlich-technische und künstlerische Intelligenz herangewachsen. Auf der Basis der Mechanisierung und der Kooperation veränderte sich das Antlitz des Dorfes. Das Bildungsniveau aller sowjetischen Völker ist rapide gestiegen. Als Folge der industriellen und landwirtschaftlichen Erschließung des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens sowie der Schaffung neuer Industrie-, Wissenschafts- und Kulturzentren hat sich die nationale Landkarte des Staates verändert. Heute gibt es kein Territorium, wo die Menschen verschiedener Nationalitäten nicht Hand in Hand leben und arbeiten. Auch die demographische Situation, für die das schnelle Wachstum der Stadtbevölkerung charakteristisch ist, hat sich verändert.

Diese grundlegenden Wandlungen haben neue Realitäten geschaffen, die zu berücksichtigen sind, um die Bedingungen für die weitere Entwicklung jeder nationalen Gemeinschaft zu schaffen sowie die zwischenstaatlichen Beziehungen zu harmonisieren. Diese erstarrten Formen des nationalstaatlichen Aufbaus gestatten es jedoch nicht, die neuen Bedürfnisse im vollen Maße zu berücksichtigen und die neuen Möglichkeiten in diesem wichtigen Bereich des gesellschaftlichen Lebens zu nutzen. Daher wird die radikale Erneuerung der nationalen Politik zur objektiven Notwendigkeit. In erster Reihe wird sie durch die konkrete Aufgaben der Umgestaltung diktiert.

Zugleich aber haben die Probleme der nationalen Entwicklung und der zwischenstaatlichen Beziehungen, mit denen das Land heute konfrontiert wird, tiefe Wurzeln auch in der Vergangenheit. Es gilt, sich darüber klarzuwerden und entscheiden gegen all das aufzutreten, was den sozialistischen Idealen und Prinzipien nicht entspricht.

Die Impulse, die die proletarische Revolution der Nationalitätenpolitik verliehen hatte, erlöschten im Laufe unserer ganzen Geschichte nicht. Jedoch übten die Deformationen der gesellschaftlichen Entwicklung, die bald nach W. I. Lenin begon-

nen hatten, auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen einen verderblichen Einfluß aus.

Das administrative Kommandosystem, das höchst zentralisierte einheitlichen Strukturen bedurfte, ignorierte mit der Zeit immer mehr die Bedürfnisse der nationalen Entwicklung. Die Oberhand gewann das ressortmäßige, bürokratisch-unifizierende Vorgehen, das alles beeinflusste — von der Standortverteilung der Produktivkräfte bis zu den Problemen der Sprache, Bildung und Kultur. Unter dem Vorwand des Schutzes der gesamten staatlichen Interessen wurde die Selbstständigkeit der Republiken eingeschränkt, gewann die Tendenz zum Unitarismus an Kraft. Allmählich abgeschafft wurde die Kompetenz der Union und der Republiken, deren Souveränität in vielem formell geworden war.

Eine der ernstesten Ursachen der Zuspaltung der nationalen Probleme waren die Massenrepressalien, insbesondere die Deportation ganzer Völker aus ihren traditionellen Wohnorten in andere Republiken und Regionen. Das gleiche Los traf die Kalmycken, Karaschaer, Balkaren, Tscheschenen, Inghusen, Krimtataren, Meschedtürken, Deutschen, Koreaner, Griechen und Kurden. Viele Partei- und Staatsfunktionäre der Republiken, Vertreter der nationalen Intelligenz wurden unbegründet des Nationalismus beschuldigt und verfolgt.

Obwohl die entsprechenden Beschlüsse nach dem XX. Parteitag verurteilt und aufgehoben wurden, gelang es nicht in allen Fällen, die Folgen der begangenen Ungerechtigkeiten abzuschaftern.

Viele akute Probleme von heute sind durch die Widersprüche der industriell-ökonomischen Entwicklung und durch die Mißachtung ihrer sozialen und ökologischen Folgen verursacht. Ein großer Schaden führte dem nationalen Wohlbefinden das Vorherrschen des Zweiprinzipals bei der Leitung und der damit verbundene Ressortgeist zu. Infolgedessen nicht immer die nationalen Bedingungen und Traditionen, die ökologischen Forderungen und die Interessen der Komplexentwicklung der Territorien berücksichtigt wurden. Die Republik-, Regions- und Gebietsorgane selbst steuerten lange Zeit den Kurs auf die nichtbilanzierte Entwicklung des Industriepotentials.

Die heutigen Probleme bei den zwischenstaatlichen Beziehungen sind in bedeutendem Maße mit der Unterschätzung der objektiven gesellschaftlichen Prozesse verbunden. Der der ganzen Welt in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts eigene Widerspruch zwischen der Entwicklung der Nationen und ihrer Annäherung, zwischen dem Streben nach Selbstständigkeit und dem Bedürfnis nach der Vertiefung der Integrationsbeziehungen hat sich auch in unserem multinationalen Land fühlbar gemacht. Er wurde aber in der Politik nicht auf gehörige Weise analysiert und berücksichtigt.

Das Wachstum des nationalen Bewußtseins weckte das Interesse für die Geschichte des Volkes, seine kulturellen Werte und Traditionen. Der Befriedigung dieser Bedürfnisse waren jedoch die theoretischen Richtlinien auf eine beschleunigte Annäherung der Nationen und die Behauptung im Wege, die nationale Frage sei völlig und endgültig gelöst, was in der Tat zur Schmälerung der nationalen Vielfalt und der Besonderheiten des geistigen Lebens führte.

Die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben, das Verhältnis der angestammten und hier infolge der Migration ansässigen Bevölkerung in einer Reihe von Regionen wesentlich verändert, was Besorgnis um die Erhaltung der nationalen Eigenart erregte. Außerdem schuf die rasche mechanische Bevölkerungszunahme zusätzliche Schwierigkeiten sozialer Natur und beeinträchtigte die nationale Struktur der Arbeiterklasse. Ein Mangel an Arbeitsplätzen entstand in anderen Regionen mit großer natürlicher Bevölkerungszunahme. Das alles trug zur Schaffung der Spannung zwischen den Nationen bei.

Alle Völker des Landes, darunter auch das russische, erlitten Schäden infolge der Verletzung der Prinzipien der Leninschen

Nationalitätenpolitik. Auch in der Russischen Föderation selbst, die schon immer der konsolidierende Teil unseres Verbandes war und es auch bleibt, und die einen hervorragenden Beitrag zur Überwindung der Rückständigkeit der nationalen Gebiete leistete, stehen viele Probleme der sozialökonomischen Entwicklung, der Ökologie, des Wiederaufbaus der Geschichtsdenkmäler und der Erhaltung der nationalen Kulturwerte sehr akut.

Die Gleichgültigkeit gegenüber der nationalen Eigenart, die Ungleichheit der sozialen Probleme widerspiegeln sich schmerzhaft im nationalen Bewußtsein und verursachten Kränkungen, was oft zum Anheizen der Situation ausgenutzt wurde und einen Nährboden für nationalen Extremismus schuf. Das alles verlieh den nationalen Problemen einen explosionsgefährlichen Charakter und brachte in den bezogenen Umgestaltungsprozesse die sich hier angehäuft Widersprüche mit hinein.

Heute bewertet die sowjetische Gesellschaft, die einen Weg radikaler Reformen eingeschlagen hat, kritisch ihre Vergangenheit. Es kommt darauf an, unter Bewahrung alles Wertvollen die Ungerechtigkeit zu beseitigen, der wirtschaftlichen sowie politischen Tätigkeit und dem geistigen Leben aller Völker unseres Landes neue Energie einzuflößen, einen unbegrenzten Spielraum für eine freie nationale Entwicklung zu eröffnen, und zugleich die internationale Einheit der sozialistischen Gesellschaft zu verstärken und den multinationalen Sowjetstaat zu festigen. Die Harmonisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf neuer Grundlage ist das höchste Ziel der Nationalitätenpolitik unserer Partei.

Worin sehen wir in diesem

Wie ist die sowjetische Föderation umzugestalten und mit Leben zu erfüllen?

Seit April 1985 ist bei uns ein Programm der Reformen in der Wirtschaft, Politik und in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgearbeitet, das wir jetzt verwirklichen. Aus dem ganzen Verlauf der Entwicklung des Landes in der letzten Zeit läßt sich der Schluß über die Notwendigkeit der radikalen Umwandlung in der sowjetischen Föderation ziehen.

Eine Gewähr für die Stabilität unserer Föderation ist die vollständige Freiwilligkeit des Zusammenschlusses der Sowjetrepubliken in einem Unionsstaat, in dem jede Republik ihre Selbstständigkeit bewahrt und berechtigt ist, sich an der Annahme gemeinsamer Beschlüsse zu beteiligen. Von außerordentlicher Bedeutung ist der Standpunkt des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR, der sich für die Wiederherstellung des Leninschen Prinzips der nationalen Selbstbestimmung in seiner vollen Bedeutung ausgesprochen hat, das durch die gehörigen demokratischen Rechtsgarantien abgesichert werden muß.

Sich für dieses Prinzip konsequent einsetzend, sieht die KPdSU ihre vorrangige politische Aufgabe darin, über die erneuerte Föderation, diese mit realen politischen und ökonomischen Inhalten füllend, die Befriedigung der verschiedenartigen Belange aller sowjetischen Nationen zu gewährleisten, damit jede von ihnen die breitesten Möglichkeiten zum Aufstieg ihrer Ökonomie und Kultur erhält und sich dabei auf den in unserem Lande geschaffenen mächtigen volkswirtschaftlichen Komplex, auf das wissenschaftliche und kulturelle Potential stützen kann, damit diese Politik zum internationalen Zusammenschluß der Sowjetvölker, zur Festigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken führt.

Der sowjetischen Föderation liegt ein Riesipotential zugrunde, und es gilt, es in vollem Maße zu nutzen.

Die Voraussetzung für die Stabilität und die erfolgreiche Entwicklung unserer Föderation liegt im optimalen Verhältnis zwischen den Rechten der Unionsrepubliken und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als ein einheitliches Ganzes. Im Zusammenhang damit rücken mehrere Knotenfragen in den Vordergrund, über die wohlwogene Entscheidung getroffen werden muß.

Zusammenhang die strategischen Aufgaben und die Hauptrichtungen der Nationalitätenpolitik?

Der Sozialismus setzt unter anderen seiner Charakteristiken das freundschaftliche Zusammenleben der Völker voraus, jedes Volk muß das Recht und die reale Möglichkeit haben, seine Selbstständigkeit und Eigenart, seine Kultur, seine Traditionen und seine Sprache zu erhalten. Heute besteht die wichtigste Aufgabe in der Ausarbeitung von wirksamen staatlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Mechanismen, die die organische Verbindung der nationalen und internationalen Werte und Interessen gewährleisten.

Diese Aufgabe ist von der Umgestaltung der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse nicht zu trennen, sie kann nur durch die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und die Durchsetzung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes gelöst werden. Dabei treten folgende Richtungen der Nationalitätenpolitik in den Vordergrund:

— Umwandlungen in der sowjetischen Föderation, ihre Füllung mit realen politischen und ökonomischen Inhalt;

— Erweiterung der Rechte und Möglichkeiten aller Formen und Arten der nationalen Autonomie;

— Gewährleistung gleicher Rechte jedem Volk und die Befriedigung der spezifischen Interessen jeder Nationalität;

— Schaffung von Bedingungen für die freie Entwicklung der nationalen Kulturen und Sprachen;

— Festigung der Garantien, die die Schmälerung der Rechte der Bürger nach dem nationalen Merkmal ausschließen;

— Erneuerung der ganzen ideologisch-politischen und erzieherischen Arbeit im Bereich der nationalen Beziehungen.

Erstens. Die Hauptidee, die der sowjetischen Föderation zu Grunde liegt, findet ihren Ausdruck in der allgemains anerkannten Formel: Ohne eine starke Union gibt es keine starken Republiken, ohne den starken Republiken gibt es keine starke Union.

Dementsprechend gilt es, die Kompetenz und die gegenseitigen Verpflichtungen der Union und der Republiken exakt festzulegen.

Die Union muß mit Vollmachten ausgestattet werden, die notwendig sind für die Errichtung der Grundlagen und die Entwicklung der politischen Gesellschaftsordnung, für die Gewährleistung der Verteidigung und der Sicherheit des Landes, für die Realisierung unserer Außenpolitik, für die Koordinierung und Lösung der gemeinsamen Aufgaben im Bereich der Ökonomie, Wissenschaft, und Kultur, der persönlichen Verhältnisse, der effektiven Nutzung der Integrationsprozesse und der Organisation gegenseitiger Hilfe. Die Union muß auch mit Vollmachten ausgestattet werden, die für die Gewährleistung einer dynamischen und stabilen Entwicklung des Volkswirtschaftskomplexes des Landes erforderlich sind.

An die Republiken sind alle Rechte abzutreten, die ihrem Status als souveräne sozialistische Staaten entsprechen. Sie sind bevollmächtigt, sämtliche Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens außer der Union zu entscheiden, die von ihnen freiwillig in den Kompetenzbereich der Union übergeben werden.

Obertritt ein Unionsgesetz den Rahmen der Vollmachten der Union, sind die Republiken im Recht, dessen Aufhebung zu beantragen; der Aufhebung unterliegen auch die Republikgesetze, die den Kompetenzbereich der Republiken übertreten.

Im Rahmen des föderativen Rechtsstaates müssen Mechanismen geschaffen und exakte Prozeduren der Beilegung von Meinungsverschiedenheiten (Schluß S. 2)



Unsere Bilder: Die Chemieingenieurin Tajana Jung bei der Erarbeitung der Methodik der Werkstoffanalyse in der Weibblechabteilung; die Stanzrinnen Olga Mironenko und Ljubow Radischanko (Abteilung für Volksbedarfartikel) bei der Arbeit an der Taktstraße.



Fotos: Woldemar Albrecht

Aus Erfahrungen lernt man immer

Mit Besorgnis denken wir schon heute an die bevorstehende Getreideernte. Die Saaten haben sehr stark unter der diesjährigen Sommerhitze gelitten. Und wenn ihr Stand bei uns auch besser als in den anderen Brigaden ist, so glaube ich doch, daß wir den geplanten Ertrag von 16,5 Dezitonnen Getreide je Hektar nicht erreichen werden. Aber nicht weniger als 15 Dezitonnen je Hektar werden wir doch ernten.

Natürlich ist solch eine Leistung bescheiden, aber aus meiner 34jährigen Tätigkeit weiß ich, daß dieser Ertrag unter den diesjährigen Bedingungen gar nicht schlecht ist. Zum Teil hat dazu bestimmt die Erweiterung der Anbaufläche von ertragreichen Sorten beigetragen. So hatte zum Beispiel die Weizensorte „Iryschanka 10“ im vorigen Trockenjahr 14 Dezitonnen Getreide je Hektar erbracht. In diesem Jahr haben wir schon mehr davon gesät und uns, wie es sich herausgestellt hat, nicht vertut. Es freut uns auch, daß die Saaten sehr rein sind. Dank der rechtzeitigen Saatbearbeitung gibt es heute auf den Getreidefeldern nur wenig Flughafer. Und das heißt, daß wir in diesem Jahr das Direktverfahren bei der Ernte anwenden können.

Nach Vorberechnung wollen wir auf diese Weise nicht weniger als 60 Prozent der Gesamtfläche abernten, und das sind immerhin über 2 140 Hektar. Doch alle 10 Mährescher haben wir sowohl auf das getrennte als auch das direkte Verfahren vorbereitet.

Obwohl die Zahl der Mährescher im Vergleich zum Vorjahr sich um zwei Maschinen verringert hat, so wollen wir dennoch die Erntearbeiten in 15 Arbeitstagen durchführen. Dafür haben wir alle Voraussetzungen. In den letzten fünf Jahren hat sich in der Brigade eine Gruppe von erfahrenen Erntekapitänen herausgebildet. Vor allem sind das Michail Kostoussow, Woldemar Berger, Jurij Wassilenko, Karl Triller, Wladimir Guro, Iwan Moskaljow und Anatol Sajewski. Sie haben nicht einmal bewiesen, daß sie arbeiten können.

In den letzten Jahren hat sich auch die technische Basis des Reparaturdienstes unserer Brigade merklich verbessert. Heute verfügen wir über ein Schweißaggregat, über einen vollen Satz von Werkzeugen und über eine Bohrmaschine. Auf dem Feldstützpunkt haben wir einen Platz für die Reparatur der Erntetechnik mit Beleuchtung eingerichtet.

Neuerdings haben wir einen Vertrag für Getreidetransport mit den SowchospFahrern abgeschlossen. Uns werden vier Lastwagen bereitgestellt. Wenn man berechnet, daß das entfernteste

Feld der Brigade 16 Kilometer von der Tenne liegt, so ist diese Zahl ausreichend. Trotzdem haben wir als Reserve noch zwei Traktorenanhänger vorbereitet. Nötigenfalls können sie dann eingesetzt werden.

Allerdings haben wir die Erntetaktik gründlich durchdacht und für das Notwendige rechtzeitig gesorgt. Leider muß ich sagen, daß es dabei einige Probleme gibt, die auch in den anderen Brigaden Besorgnis hervorrufen. In erster Linie zählt dazu die technische Versorgung. Und wenn wir auch einen nicht besonders großen Arbeitsumfang bei der Ernte im getrennten Verfahren bewältigen wollen, so möchten wir doch zum Beispiel für die Schwadmäher zumindest einige Ersatzteile haben. Diese haben wir vorläufig nicht.

Die zweite Frage berührt die Getreidequalität. Bisher wurde sie nach der Durchschnittsziffer des Sowchos für alle Brigaden bestimmt. Nach der Einführung des Pachtvertrags und der wirtschaftlichen Rechnungsführung hat jetzt die Sowchosleitung beschlossen, einen Laboranten auf den Sowchostennen einzusetzen, damit er die Getreidequalität in jeder Brigade bestimmen könnte. Auf den ersten Blick scheint diese Lösung richtig zu sein. Aber es gibt doch im Sowchos nur eine einzige Tenne, wo das Getreide aus allen vier Brigaden angenommen wird. Wird dabei der Laborant in einem der jeweiligen Getreidequalitätsmessung genau festzustellen? Dessen sind wir nicht sicher. Deshalb haben wir der Sowchosleitung vorgeschlagen, einen Laboranten auf Kosten der Brigade einzustellen, der dann unter Kontrolle des Brigadeagronomen arbeiten könnte. Doch unser Vorschlag schwebt bis jetzt noch in der Luft. Die Sowchosleitung versucht es auf jede Art, dieser Lösung aus dem Wege zu gehen.

Und noch ein Problem. Das Leben selbst hat wiederholt die Notwendigkeit, zumindest einen Funksprecher auf einer Kombe zu haben, unter Beweis gestellt. Dies hätte die Arbeitseffektivität bei der jeweiligen Reparatur der Technik auf dem Feld, wo man die Hilfe einer Einsatzgruppe der Schlosser aus der Reparaturwerkstatt bedarf, wesentlich erhöht. Auch würden dadurch die Stillstände der Mährescher bei der Erwartung eines Lastautos ausgeschlossen sein. Alle Versuche aber, einen Funksprecher aufzutreiben, bleiben vorläufig erfolglos.

Leo KÖNIG, Leiter der ersten Feldbrigade aus dem Sowchos „Progrès“ im Rayon Enbekschilderski Gebiet Koktschetaw

Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den Gegenwartsverhältnissen

(Schluß)

nungsverhalten festgelegt werden, die zwischen den Macht- und Leitungsorganen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republiken aufkommen können. Diese Funktion könnte vor allem das Verfassungsschutzkomitee der UdSSR ausüben und dabei als Verfassungsgericht auftreten.

Zweitens. Das ökonomische Wesen der Selbstbestimmung und der Souveränität unter den gegenwärtigen Verhältnissen (findet seinen Ausdruck im Übergang der Republiken zu wirtschaftlicher Rechnungslegung und Selbstfinanzierung. Im Zusammenhang damit: — muß die Unionsrepublik über das Besitz- und Dispositionsrecht über den Boden, das Erdinnere, den Waldbestand, die Gewässer und andere natürliche Ressourcen auf ihrem Territorium verfügen. Zugleich muß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit dem Recht ausgestattet werden, die Unionsgrundlagen ihrer Nutzung, darunter unter Berücksichtigung der gesamtstaatlichen und Zwischenrepublikinteressen sowie der Verteidigung und der Sicherheit des Landes, festzulegen.

— Im Interesse einer exakten Festlegung der Rechte und Verantwortung in Fragen des Vermögensbesitzes und der Verfügung über das Vermögen muß die Zugehörigkeit der Industrie-, Verkehrs-, Agrar-, Handels-, Kommunal- und anderer Betriebe konkreten Arten des gesellschaftlichen Eigentums — des gesamtstaatlichen, republikanischen (der Unions- und der autonomen Republiken), des kommunalen, genossenschaftlichen sowie denen der Massenorganisationen und der Arbeitskollektive — bestimmt werden. Der Union bleiben die allgemein akzeptierten Formen der Regelung der Eigentumsverhältnisse erhalten.

— Neben dem Vermögen der Union und der Republiken können Betriebe bestehen, die gemeinsames Vermögen der Union und der Republik sowie gemischte Formen des Eigentums, darunter unter Teilnahme ausländischen Kapitals, darstellen. Das Recht der Nutzung, des Besitzes und der Verfügung über dieses Vermögen, einschließlich seiner Beschlagnahme, wird vertraglich festgelegt. Auf gleicher Grundlage sind Fragen der Nutzung des Eigentums und der Verfügung darüber von zwei oder mehreren Republiken zu regeln.

— Die Wahl der ökonomischen Methoden und Formen der Wirtschaftsführung wird von den Republiken in ihren Territorien selbstständig, ausgehend vom realen Stand der Volkswirtschaft, der Produktion, der Struktur der Produktivkräfte und unter Berücksichtigung der Prinzipien der ökonomischen Effektivität und sozialen Gerechtigkeit getroffen.

— Im Rahmen der Entwicklung des gesamtstaatlichen Marktes sind die Bedingungen des ökonomischen Austausches zwischen den Betrieben und Organisationen sowie zwischen den Republiken auf Vertragsgrundlage festzulegen. Die Republiken wählen selbstständig die jeweilige Form der wirtschaftlichen Rechnungslegung. Es ist zweckmäßig, die Möglichkeit der Festlegung mehrerer solcher Formen zu erwägen, die sich nach dem Maß ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit unterscheiden. Gemäß diesen Unterschieden sind auch der Charakter und die Formen der Abführungen an den Unionshaushalt und der gegenseitigen Verrechnungen zu gestalten.

— Alle Republiken beteiligen sich an der Schaffung des Unionsfonds zur Unterstützung der in ihrer ökonomischen Entwicklung zurückgebliebenen Regionen, die unter Natur- oder ökologischen Katastrophen gelitten haben, sowie an der Erschließung neuer Territorien.

— Die Festlegung der ökonomischen Selbständigkeit der Republiken, das Wachstum ihres volkswirtschaftlichen Potentials und die Hebung des Wohlstands sind untrennbar vom Prozeß der Vertiefung der Spezialisierung, der Wirtschaftsintegration, der vollständigen Nutzung der Vorzüge des einheitlichen Marktes, der Vergrößerung des gesamten wissenschaftlich-technischen Potentials.

— Es ist eine vorrangige Aufgabe der Unionsorgane, dazu beizutragen, daß die Republiken auf bi- und multilateraler Grundlage ihre Kräfte und Mittel zur Verwirklichung gemeinsamer Projekte vereinen und Zwischenrepublikkommissionen für ökonomische wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit schaffen können.

Drittens. Mit der Souveränität der Republik ist engstens die Frage der Staatsbürgerschaft verbunden. Laut Prinzipien des sozialistischen Föderalismus ist anzuerkennen:

— Jede Unionsrepublik hat ihre eigene Staatsbürgerschaft, die sich auf alle ihre Einwohner erstreckt. Der Bürger einer Unionsrepublik ist zugleich auch ein Bürger der UdSSR.

Unzulässig sind die Privilegien für die einen und die Schmälerung der Rechte der anderen Sowjetbürger aus nationalen, konfessionellen und sprachlichen Gründen sowie aus Gründen der Wohnort.

Viertens. Der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einbeitretend, haben die Republiken die Realisierung der Hauptaufgaben der Außenpolitik des Landes in die Zuständigkeit der zentralen Organe überwiegend. Zugleich bleibt ihnen solch ein integrierender Teil ihrer Souveränität vorbehalten, wie das Recht, Beziehungen zum Ausland und zu den internationalen Organisationen zu pflegen.

Es gilt, schon in absehbarer Zeit die Verfassungsbestimmung zu realisieren, demgemäß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine gemeinsame Ordnung festlegen bzw. Koordinierung der außenpolitischen und Außenhandeltätigkeit der Unionsrepubliken durchführen muß, einschließlich der Entscheidung von Delegationen und ständigen Vertretern in die Staaten, mit denen sie wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen aufrechterhalten. Die Auslandsbeziehungen der Unionsrepubliken dürfen den Unionsinteressen nicht zuwiderlaufen.

Fünftens. Eins der Hauptziele der Vereinigung der Republiken zu einer Union ist die Gewährleistung der Sicherheit des Landes sowie einer friedlichen Arbeit des Sowjetvolkes. Die Republiken haben der Lösung dieser Aufgabe durch die Unionsorgane beizutragen. Die Streitkräfte der UdSSR werden auf multinationaler Grundlage formiert; alle Staatsbürger müssen unabhängig von ihrer Nationalität den Militärdienst nach Maßgabe der Unionsgesetze ableisten. Den Unionsorganen wird nach Abstimmung mit den Republikmächten das Recht gesichert, Verteilungsobjekte (Flugplätze, Lehrzentren, Testgelände usw.) auf Territorien der Unionsrepubliken zu organisieren und sie zu benutzen.

Sechstens. Im Zusammenhang mit der Umgestaltung der sowjetischen Föderation erheben sich die Fragen des Status und der Tätigkeit der Massenorganisationen, die eine wichtige Rolle im politischen System der UdSSR spielen.

Unter den Bedingungen des im Lande vor sich gehenden Prozesses der Demokratisierung muß die Wahl der Form der Verbindungen zwischen den Massenorganisationen der Republiken und der Union den Organisationen selbst überlassen werden.

Von größter politischer Bedeutung ist die Lösung dieser Frage in bezug auf die Partei. Die KPdSU entstand als eine Organisation der Gesinnungsgenossen, als Vereinigung der Bestrebt der Arbeiterklasse unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit. Gerade ihrem internationalen Charakter hat die Partei zu verdanken, daß sie zu einer konsolidierten, leitenden Kraft in der Entwicklung der Gesellschaft auf dem sozialistischen Weg werden konnte.

Die KPdSU lernt, entschieden beliebige nationale Einschränkungen, Lokalpatriotismus, Korporations- und Ressortgeist ab. Sie ist und bleibt ihrem Bestand nach international, ideologisch und organisatorisch einzig, auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus mit gemeinsamem Programm und Statut aufgebaut. Die Zersplitterung der KPdSU nach Nationalitäten ist prinzipiell unannehmbar. Alle Kommunisten müssen heute ein verschärftes Verantwortungsgefühl haben, um keinerlei Einschränkungen aus nationalem Grunde weder in der Parteilinie und den Arbeiterkollektiven noch in den Massenorganisationen zuzulassen.

Gleichzeitig setzt die Füllung unserer Föderation mit realen politischen und wirtschaftlichen Inhalten neue Herangehensweisen an den Parteiaufbau voraus. Im Rahmen der existierenden Struktur der Kommunistischen Partei

Die Rolle und den Rechtsstatus der nationalen Autonomien fördern

Ein organischer Teil der Umgestaltung der sowjetischen Föderation und zugleich eine selbständige Frage von großer politischer Bedeutung ist die völlige Wiederherstellung der legitimen Rechte und Interessen der Völker, die in den autonomen Republiken, Gebieten und Bezirken leben.

Die Unterschiede bei der Form der Selbstbestimmung der Nationen widerspiegeln scheinbar die Lebensrealität, daß die Völker in der Periode der Entstehung der Union sich auf dem unterschiedlichen Niveau der sozialökonomischen Entwicklung befanden, sich wesentlich ihrer Stärke nach unterschieden, nicht alle die Etappen der nationalen Konsolidierung durchgemacht hatten, ein ihr eigenes Staatsrecht besaßen hatten oder bereit waren, sie zu schaffen. Heute sind diese Unterschiede in vielem überwunden.

Doch die autonomen Gebilde verfügen vorläufig nicht über ausreichende und reale Möglich-

keiten der Republiken muß man eine Festlegung der Selbstständigkeit anstreben. Zur Hebung ihrer Autorität wird die Verleihung ihnen der Rechte beitragen, nach eigenem Ermessen alle Hauptfragen des Partellebens — die organisatorisch-strukturellen, die Kader-, Finanz- und andere Fragen — zu lösen und im Rahmen des Programms der KPdSU ihre politischen Dokumente anzunehmen, die die spezifischen nationalen Belange und die Bedingungen der Tätigkeit der Kommunisten widerspiegeln.

Siebentes. Im Rahmen der Umgestaltung der sowjetischen Föderation müssen Probleme des Rechtsstatus der RSFSR und ihrer national-staatlichen Ordnung gelöst werden. Bis jetzt wurde die Ausübung einer Reihe von Verwaltungsfunktionen in der Republik den Unionsorganen übertragen. Das beinhaltet die Interessen der Republik sowie der Union, verursacht nicht selten eine Vermengung der Aufgaben sowie die Verzögerung der spruchreif gewordenen Probleme.

Es ist zweckmäßig, die Frage der Schaffung zusätzlicher Organe mit Republikleitung, darunter administrativer, wirtschaftlicher, ideologischer, kultureller, wissenschaftlicher und anderer in der RSFSR zu behandeln.

Neben der Schaffung der republikgeleiteten Staatsorgane ist die Möglichkeit der Koordinierung von Bemühungen der auf dem Territorium der RSFSR agierenden Organisationen durch die regelmäßige Veranstaltung von Konferenzen der KPdSU in der Russischen Föderation zu erwägen, die die Hauptfragen der Tätigkeit der Kommunisten der Republik sowie der Schaffung eines Büros (Sekretariats) des ZK in der Struktur des ZK der KPdSU zur unmittelbaren operativen Anleitung der Parteiorganisationen der RSFSR lösen würden. Einen ähnlichen Weg könnten die Gewerkschaften, der Komсомol und andere Massenorganisationen gehen.

Die RSFSR ist eine besonders multinationale Sowjetrepublik, der 31 autonome Gebilde angehören. In diesem Zusammenhang sollte man die Frage der Schaffung eines Obersten Sowjets der RSFSR mit zwei Kammern diskutieren, um eine bessere Vertretung und Berücksichtigung der Interessen der in dieser Republik lebenden Völker zu gewährleisten.

Das Ausmaß des Territoriums, der Produktionsumfang, die Bevölkerungszahl und andere Faktoren bestimmen in der Perspektive die Zweckmäßigkeit des Übergangs zur Leitung in größeren Regionen bzw. der Schaffung sowohl der Wirtschafts-, als auch der Staatsorgane in der RSFSR voraus, die eine Komplexentwicklung sichern.

Achtens. Auf welche Weise können die Umgestaltungen der sowjetischen Föderation vorgenommen werden?

Zur Zeit wird die Frage der Ausarbeitung und Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages an Stelle des Vertrags über die Gründung der UdSSR im Jahre 1922 sowie die Frage der Ausarbeitung einer neuen Deklaration über die UdSSR zur Diskussion gestellt.

Diese Deklaration könnte als ein organischer Teil der Verfassung der UdSSR betrachtet werden. Sie würde es ermöglichen, die Maßnahmen zur Erneuerung des sowjetischen Föderalismus zu verankern, und die Rolle des grundlegenden politischen Dokuments bei der Lösung der Fragen spielen, die in Zukunft entstehen können.

Was den neuen Vertrag betrifft, so ist die Verfassung des sowjetischen Föderationsstaates selbst ein Vertragsdokument, weil darin die Grundrechte und gegenseitigen Verpflichtungen der Union bzw. der zu ihr gehörenden Republiken festgesetzt sind. Bekanntlich ist der Vertrag von 1922 offen und behält seine Rechtskraft bis heute.

Was den neuen Vertrag betrifft, so ist die Verfassung des sowjetischen Föderationsstaates selbst ein Vertragsdokument, weil darin die Grundrechte und gegenseitigen Verpflichtungen der Union bzw. der zu ihr gehörenden Republiken festgesetzt sind. Bekanntlich ist der Vertrag von 1922 offen und behält seine Rechtskraft bis heute.

Im Zusammenhang damit wird es für zweckmäßig erachtet, die Möglichkeit des Ergreifens folgender Maßnahmen zu erwägen: — Die Rechte der autonomen Republiken sind in allen Bereichen des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus wesentlich zu erweitern, was in entsprechenden Gesetzen zu verankern ist. Sie müssen die Möglichkeit besitzen, über alle Fragen der administrativ-territorialen Gliederung in ihren Territorien, des Naturschutzes, der Entwicklung der nationalen Kultur und der Sprache sowie des Schutzes von Baudenkmalern zu entscheiden.

Die wirtschaftliche Selbstständigkeit der autonomen Republiken ist zu festigen durch deren

Überführung zur wirtschaftlichen Rechnungslegung und Selbstfinanzierung, durch die Festlegung der Formen der Beteiligung von Betrieben und Vereinigungen mit Unions- und republikanischer Unterordnung an der Gestaltung ihres Haushalts.

Den Machtorganen der autonomen Republiken ist das Recht einzuräumen, Protest gegen die Geltung von Akten der Verwaltungsorgane der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Unionsrepubliken einzulegen, falls sie mit der verfassungsmäßig verankerten Kompetenz der UdSSR bzw. der Unionsrepublik in Widerspruch treten.

— Den autonomen Gebieten und autonomen Bezirken ist ein höherer Rechtsstatus zu gewährleisten durch die Einräumung des Rechts auf Gesetzesinitiative in den höchsten Organen der Staatsmacht der UdSSR und der Unionsrepubliken. Zu verankern ist die Bestimmung über die Vertretung der autonomen Bezirke nicht nur im Obersten Sowjet der UdSSR sondern auch im Obersten Sowjet der RSFSR sowie in den Sowjets der Volksdeputierten der Regionen und Gebiete.

Es ist festzulegen, daß die Machtorgane eines autonomen Bezirkes unmittelbar die Ministerien und andere zentrale Staatsorgane der UdSSR und die Verwaltungsorgane der Unionsrepublik angehen dürfen; einzuführen ist auch die Ordnung, daß die Beschlüsse des Nationalbezirksowjets der Volksdeputierten ausschließlich durch den Obersten Sowjet der Unionsrepublik aufgehoben werden können. Es ist vorzusehen, daß das Territorium eines autonomen Gebiets oder eines autonomen Bezirkes nicht ohne deren Zustimmung verändert werden darf.

— Zu erwägen ist die Frage der Möglichkeit und der Ordnung des Übergangs autonomer Gebiete der RSFSR, wenn dies der Wille ihrer Bevölkerung und solch ein Beschluß begründet ist, in unmittelbare Unterstellung der Staatsmacht und Verwaltungsorganen der Russischen Föderation.

— Es ist vorzusehen, daß Streitfragen zwischen Unionsrepublik, Regionen, Gebieten und den ihnen angehörenden Autonomen, in denen keine Übereinkunft vor Ort erzielt worden ist, an die höchsten Machtorgane der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Erörterung übergeben und vom Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR endgültig entschieden werden.

Ständig zu berücksichtigen sind sowohl die Beziehungen zwischen den national-staatlichen Gebilden innerhalb der Union, als auch die zwischen den Nationen, Völkern und nationalen Gruppen in den Republiken und Regionen.

— Es sind alle Rechte und Bedingungen zur Weiterhaltung

Über die nationalen Kulturen und Sprachen

Die Politik im Bereich der Kultur, wo die Verbindung der nationalen und internationalen Aspekte eine besondere Bedeutung gewinnt, muß auf einen qualitativ höheren Stand gebracht werden, welcher der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaft entsprechen würde.

Die KPdSU geht von der Anerkennung der Eigenart der nationalen Kulturen, von deren einmaligem Wert aus. Die Weiterhaltung dieser Eigenart muß durch Rechtsmaßnahmen abgesichert werden, die beliebige Diskriminierung und Mißachtung ausschließen.

Beliebige Formen der Schmälerung nationaler Kulturen entschieden verurteilt, sieht die Partei ihre Aufgabe in der Gewährleistung der freien Entwicklung des geistigen Lebens aller Völker der UdSSR. Die Formen dieser Entwicklung werden souverän von jeder einzelnen Kultur ohne Reglementierungen und Einschränkungen bestimmt. Auf die gleiche Weise gilt es auch, Bedingungen zur Entwicklung internationalistischer Prozesse des Zusammenwirkens der Kulturen im Rahmen des ganzen Landes gleichwie für die Teilnahme am Kulturleben anderer Länder und der ganzen Menschheit zu schaffen.

Eine besondere Bedeutung ge-

ht die nationale Frage und die Bürgerrechte

Die wichtigste Aufgabe bei der Festlegung der Zusammenarbeit der Sowjetvölker und zugleich beim Aufbau eines sozialistischen Rechtsstaates ist die vollständige und konsequente Verwirklichung des verfassungsmäßigen Prinzips der Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von ihrer Rassen- und Volkszugehörigkeit.

Beliebige Versuche, die Menschen nach nationalem Merkmal einzuzerren, sind als unannehmbar und den Grundsätzen der sowjetischen Staatlichkeit zuwiderlaufend zu betrachten.

Die Sowjetbürger müssen sich in einem beliebigen Ort des Landes wie zu Hause fühlen — das ist recht eigentlich das höchste und das Endziel der ganzen Arbeit zur Harmonisierung der zwischenationalen Beziehungen. In diesem Zusammenhang ist

der nationalen Traditionen, zur Pflege und Entwicklung der Kultur und der Sprache der Völker, die der außerhalb ihrer national-territorialen Gebilde leben oder in der UdSSR keine solchen haben, sowie deren Vertretung in den Machtorganen abzusichern. Die bereits gesammelten Erfahrungen auswertend, ist die Praxis der Gründung nationaler Kulturzentren und Landmannschaften fortzusetzen. Sie könnte unter der Leitung oder mit Unterstützung der entsprechenden Sowjets der Volksdeputierten wirksam und dort ihre Vertreter haben.

— In Gegenden des kompakten Stedelns von Nationalitäten, die keine eigenen national-territorialen Gebilde besitzen, sind nationale Rayons, Dorf- und Siedlungssowjets zu gründen; das Recht der nationalen Gruppen und Gemeinden auf Selbstverwaltung ist gesetzmäßig zu verankern.

Vorzusehen ist die Möglichkeit der Gründung von Unionsowjets der Bürger zahlenmäßig großer Nationen, die keine eigene territoriale Autonomie besitzen.

— Zum Ausbau der Kontakte der nationalen Minderheiten mit Bürgern anderer Staaten, mit denen sie gleiche ethnische Herkunft oder gleiches Kulturerbe verbinden, ist den nationalen Kulturzentren und Massenorganisationen das Recht einzuräumen, sowohl über den Bund der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaften und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland als auch unmittelbar die kulturellen Beziehungen mit ähnlichen Kultur- und Bildungsorganisationen dieser Staaten zu pflegen.

Das ZK der KPdSU teilt die Besorgnis der Öffentlichkeit über die Lage der kleinen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens. Die industrielle Erschließung der von ihnen bewohnten Territorien erfolgt ohne die gehörige Berücksichtigung ihrer Lebensweise, der sozialen und ökologischen Folgen. Diese Völker bedürfen eines Sonder-schutzes und einer Sonderhilfe seitens des Staates.

Es gilt, den Sowjets der Volksdeputierten dieser Territorien ein Sonderrecht auf deren wirtschaftliche Erschließung einzuräumen, d.h. auf Jagdgründe, Weiden, Binnengewässer, auf Flächen der Küstengewässer und Wälder, auf die Gründung von Schongebieten zur Wiederherstellung der Wohnorte der Völker. In der nächsten Zeit muß ein Kongreß von Vertretern der Stammvölker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens einberufen werden, die ihre Interessen auf allen Leitungsebenen vertreten soll.

Ein ebenso sorgfältiges Verhalten und Fürsorge benötigen auch alle anderen Kleinvölker unseres Landes.

Es sind alle Rechte und Bedingungen zur Weiterhaltung

der nationalen Kulturen und Sprachen

Die Politik im Bereich der Kultur, wo die Verbindung der nationalen und internationalen Aspekte eine besondere Bedeutung gewinnt, muß auf einen qualitativ höheren Stand gebracht werden, welcher der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaft entsprechen würde.

Die KPdSU geht von der Anerkennung der Eigenart der nationalen Kulturen, von deren einmaligem Wert aus. Die Weiterhaltung dieser Eigenart muß durch Rechtsmaßnahmen abgesichert werden, die beliebige Diskriminierung und Mißachtung ausschließen.

Beliebige Formen der Schmälerung nationaler Kulturen entschieden verurteilt, sieht die Partei ihre Aufgabe in der Gewährleistung der freien Entwicklung des geistigen Lebens aller Völker der UdSSR. Die Formen dieser Entwicklung werden souverän von jeder einzelnen Kultur ohne Reglementierungen und Einschränkungen bestimmt. Auf die gleiche Weise gilt es auch, Bedingungen zur Entwicklung internationalistischer Prozesse des Zusammenwirkens der Kulturen im Rahmen des ganzen Landes gleichwie für die Teilnahme am Kulturleben anderer Länder und der ganzen Menschheit zu schaffen.

Eine besondere Bedeutung ge-

ht die nationale Frage und die Bürgerrechte

Die wichtigste Aufgabe bei der Festlegung der Zusammenarbeit der Sowjetvölker und zugleich beim Aufbau eines sozialistischen Rechtsstaates ist die vollständige und konsequente Verwirklichung des verfassungsmäßigen Prinzips der Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von ihrer Rassen- und Volkszugehörigkeit.

Beliebige Versuche, die Menschen nach nationalem Merkmal einzuzerren, sind als unannehmbar und den Grundsätzen der sowjetischen Staatlichkeit zuwiderlaufend zu betrachten.

Die Sowjetbürger müssen sich in einem beliebigen Ort des Landes wie zu Hause fühlen — das ist recht eigentlich das höchste und das Endziel der ganzen Arbeit zur Harmonisierung der zwischenationalen Beziehungen. In diesem Zusammenhang ist

der nationalen Traditionen, zur Pflege und Entwicklung der Kultur und der Sprache der Völker, die der außerhalb ihrer national-territorialen Gebilde leben oder in der UdSSR keine solchen haben, sowie deren Vertretung in den Machtorganen abzusichern. Die bereits gesammelten Erfahrungen auswertend, ist die Praxis der Gründung nationaler Kulturzentren und Landmannschaften fortzusetzen. Sie könnte unter der Leitung oder mit Unterstützung der entsprechenden Sowjets der Volksdeputierten wirksam und dort ihre Vertreter haben.

— In Gegenden des kompakten Stedelns von Nationalitäten, die keine eigenen national-territorialen Gebilde besitzen, sind nationale Rayons, Dorf- und Siedlungssowjets zu gründen; das Recht der nationalen Gruppen und Gemeinden auf Selbstverwaltung ist gesetzmäßig zu verankern.

Vorzusehen ist die Möglichkeit der Gründung von Unionsowjets der Bürger zahlenmäßig großer Nationen, die keine eigene territoriale Autonomie besitzen.

— Zum Ausbau der Kontakte der nationalen Minderheiten mit Bürgern anderer Staaten, mit denen sie gleiche ethnische Herkunft oder gleiches Kulturerbe verbinden, ist den nationalen Kulturzentren und Massenorganisationen das Recht einzuräumen, sowohl über den Bund der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaften und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland als auch unmittelbar die kulturellen Beziehungen mit ähnlichen Kultur- und Bildungsorganisationen dieser Staaten zu pflegen.

Das ZK der KPdSU teilt die Besorgnis der Öffentlichkeit über die Lage der kleinen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens. Die industrielle Erschließung der von ihnen bewohnten Territorien erfolgt ohne die gehörige Berücksichtigung ihrer Lebensweise, der sozialen und ökologischen Folgen. Diese Völker bedürfen eines Sonder-schutzes und einer Sonderhilfe seitens des Staates.

Es gilt, den Sowjets der Volksdeputierten dieser Territorien ein Sonderrecht auf deren wirtschaftliche Erschließung einzuräumen, d.h. auf Jagdgründe, Weiden, Binnengewässer, auf Flächen der Küstengewässer und Wälder, auf die Gründung von Schongebieten zur Wiederherstellung der Wohnorte der Völker. In der nächsten Zeit muß ein Kongreß von Vertretern der Stammvölker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens einberufen werden, die ihre Interessen auf allen Leitungsebenen vertreten soll.

Ein ebenso sorgfältiges Verhalten und Fürsorge benötigen auch alle anderen Kleinvölker unseres Landes.

Es sind alle Rechte und Bedingungen zur Weiterhaltung

der nationalen Kulturen und Sprachen

Die Politik im Bereich der Kultur, wo die Verbindung der nationalen und internationalen Aspekte eine besondere Bedeutung gewinnt, muß auf einen qualitativ höheren Stand gebracht werden, welcher der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaft entsprechen würde.

Die KPdSU geht von der Anerkennung der Eigenart der nationalen Kulturen, von deren einmaligem Wert aus. Die Weiterhaltung dieser Eigenart muß durch Rechtsmaßnahmen abgesichert werden, die beliebige Diskriminierung und Mißachtung ausschließen.

Beliebige Formen der Schmälerung nationaler Kulturen entschieden verurteilt, sieht die Partei ihre Aufgabe in der Gewährleistung der freien Entwicklung des geistigen Lebens aller Völker der UdSSR. Die Formen dieser Entwicklung werden souverän von jeder einzelnen Kultur ohne Reglementierungen und Einschränkungen bestimmt. Auf die gleiche Weise gilt es auch, Bedingungen zur Entwicklung internationalistischer Prozesse des Zusammenwirkens der Kulturen im Rahmen des ganzen Landes gleichwie für die Teilnahme am Kulturleben anderer Länder und der ganzen Menschheit zu schaffen.

Eine besondere Bedeutung ge-

ht die nationale Frage und die Bürgerrechte

Die wichtigste Aufgabe bei der Festlegung der Zusammenarbeit der Sowjetvölker und zugleich beim Aufbau eines sozialistischen Rechtsstaates ist die vollständige und konsequente Verwirklichung des verfassungsmäßigen Prinzips der Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von ihrer Rassen- und Volkszugehörigkeit.

Beliebige Versuche, die Menschen nach nationalem Merkmal einzuzerren, sind als unannehmbar und den Grundsätzen der sowjetischen Staatlichkeit zuwiderlaufend zu betrachten.

Die Sowjetbürger müssen sich in einem beliebigen Ort des Landes wie zu Hause fühlen — das ist recht eigentlich das höchste und das Endziel der ganzen Arbeit zur Harmonisierung der zwischenationalen Beziehungen. In diesem Zusammenhang ist

der nationalen Kulturen und Sprachen

nationalen Würde wiedergutzumachen; das auf das Schüren des nationalen Haders gerichtete Handeln muß mit aller Strenge des Gesetzes geahndet und unterbunden werden.

Es sind gesetzlich Bedingungen festzulegen, laut denen nationalstische oder chauvinistische Organisationen und Gruppen aufgelöst und verboten werden müssen.

Unter Einhaltung der verfassungsmäßigen Garantien und Rechte der Sowjetbürger muß die Kaderpolitik betrieben werden. Es ist anzustreben, daß alle im Lande und in jeder Republik lebenden Völker in den Macht-, Verwaltungs-, Gerichts-, Staatsanwaltschaftsorganen, und bei der Leitung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen vertreten sind — selbstverständlich unter Berücksichtigung ihrer fachlichen und beruflichen Qualitäten, und daß deren Teilnahme an den staatlichen und gesellschaftlichen Unionsorganen erweitert wird.

Da der Übergang zum alternativen System der Nominierung und der Wahl von Deputierten, der jetzt verwirklicht wird, zum Verzicht oder zur Einengung der Vertretung der jeweiligen Völker in den Republikmachtorganen führen kann, ist die Schaffung eines Sondermechanismus zu erwägen, der solche Erscheinungen zu kompensieren vermag.

Es sind Maßnahmen zur Lösung der Probleme des Autonomen Gebiets Nagorny Karabach der Krimitären, der Wolgadeschen, der Griechen, der Kurden, der Koreaner, der

Meschedürken und anderer Völker zu beschließen.

Solcherlei Fragen müssen unter obligatorischer Berücksichtigung der Interessen aller in diese Situation einbezogenen Nationen, der bestehenden Realitäten und der eventuellen Folgen für das Leben der Menschen entschieden werden.

Es tut ein Gesetzgebungsakt not, der eine vollständige politische Rehabilitierung der Völker, die Repressalien und Massendeportationen ausgesetzt wurden, gewährleistet und Garantien dafür schafft, daß sich Ähnliches nie mehr wiederholen wird. Das muß im Namen der historischen Wahrheit, im Namen unserer moralischen Ideale getan werden.

Die Kommission des Politbros des ZK für die politische Rehabilitierung muß gesondert die Fragen behandeln, die die Beschuldigungen der sogenannten „National-Abweichung“ betreffen, sie zu werten und den guten Ruf derjenigen Partei- und Staatsfunktionäre wiederherzustellen, die aus diesem Grunde politisch entehrt und repressiert wurden.

Die Resolution der XIX. Konferenz der KPdSU „Über die zwischenationalen Beziehungen“ hat aufgefördert, die Frage der Bildung eines Staatsorgans für nationale Angelegenheiten und nationale Beziehungen zu erwägen. Neben dem Nationalitätenowjet des Obersten Sowjets der UdSSR und seinen Kommissionen ist zweckmäßig, im Bestand der Regierung der UdSSR eine besondere Struktureinheit für die operative Lösung der Fragen zu haben, die in diesem Bereich entstehen.

Die neuen Offenbarungen von Nationalismus entgegenwirkend, ist es wichtig, Taktgefühl und Verständnis gegenüber allen gerechten Forderungen und Hoffnungen nationalen Charakters zu bekunden.

Vor allem tut eine unge-schminkte, volle Wahrheit über die realen Entwicklungsprozesse der zwischenationalen Beziehungen in der UdSSR sowie über die Ursachen des Entstehens scharfer zwischenationaler Konflikte not. Und hier darf es keine „weißen Flecke“ geben. Das alles ist im Namen der Festlegung des Vertrauens und der gegenseitigen Verständigung notwendig. In Zweifelsfällen darf man keine Mühe scheuen, um sich zur Wahrheit kollektiv durchzuringeln.

Eine besondere Rolle kommt heute den Massenmedien zu. Die Verantwortlichen der Kommunisten, die im Rundfunk oder Fernsehen sowie in der zentralen und örtlichen Presse tätig sind, nimmt deshalb zu. Nur die Hochachtung gegenüber dem nationalen Gefühl eines jeden Volkes und zugleich die höchste Prinzipienreue bei der Bewertung der vor sich gehenden Ereignisse können zum Überwinden der entstandenen Widersprüche sowie zur Beruhigung der Geister beitragen und verhelfen, zu traditionellen Normen des sozialistischen Gemeinschaftslebens zurückzukehren.

Es ist wichtig, das theoretische Denken vom dogmatischen Herangehen an die nationale Frage zu befreien. Sowohl die weltweiten als auch unsere eigenen Erfahrungen zeugen davon, daß die nationale Frage immer einen konkreten historischen Inhalt besitzt. Für ihre Lösung gibt es noch keine fertigen und für alle Fälle des Lebens gültigen Rezepte, die für alle Etappen der sozialistischen Entwicklung und für alle Regionen unseres Landes gleich wären, und kann es sie auch nicht geben. Die Nationalitätenpolitik ist ein ständiges Suchen, das Vermögen, auf alle im Bereich der zwischenationalen Beziehungen entstehenden Probleme, rechtzeitig zu reagieren, effektive Mittel zur Regelung der Konfliktsituationen zu finden, dabei die reale Dialektik der Lebensprozesse berücksichtigend.

Das wären die Vorschläge der KPdSU zu Fragen der Vervollkommnung der Beziehungen, zwischen den Nationen in der UdSSR, der Erneuerung der Nationalitätenpolitik. Die Erörterung dieser Vorschläge und die Verabschiedung der notwendigen Gesetzgebungsakte auf dieser politischen Grundlage durch den Kongreß der Volksdeputierten und den Obersten Sowjet der UdSSR wird dem föderativen sowjetischen Staat eine neue Qualität verleihen. Voraussetzungen für eine freie Entwicklung aller Völker der UdSSR, zur Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen ihnen schaffen.

Das wären die Vorschläge der KPdSU zu Fragen der Vervollkommnung der Beziehungen, zwischen den Nationen in der UdSSR, der Erneuerung der Nationalitätenpolitik. Die Erörterung dieser Vorschläge und die Verabschiedung der notwendigen Gesetzgebungsakte auf dieser politischen Grundlage durch den Kongreß der Volksdeputierten und den Obersten Sowjet der UdSSR wird dem föderativen sowjetischen Staat eine neue Qualität verleihen. Voraussetzungen für eine freie Entwicklung aller Völker der UdSSR, zur Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen ihnen schaffen.



PANORAMA

Jetzt Schlüsselfragen zum C-Waffenverbot lösen

ADN-Interview mit dem Leiter der DDR-Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz

Zum Stand der Verhandlungen über die Konvention zum Verbot der chemischen Waffen in der Genfer Abrüstungskonferenz gab der Leiter der DDR-Delegation, Botschafter Dr. Peter Dietze, dem Genfer ADN-Korrespondenten das folgende Interview:

Frage: In wenigen Wochen beendet die Genfer Abrüstungskonferenz ihre diesjährige Arbeitsperiode. Wie beurteilen Sie den Stand der Verhandlungen zum Verbot der chemischen Waffen?

Antwort: Dazu möchte ich drei Punkte hervorheben: Zum einen die ernsthafte Besorgnis vieler Staaten, daß die Verhandlungen zur Beseitigung dieser Kategorie von Massenvernichtungswaffen nicht zügig genug verlaufen und sich — gewollt oder ungewollt — häufig an technischen Details festfahren. Zweitens, das Drängen vieler Delegationen, bei den noch anhängigen Schlüsselfragen nunmehr die Positionen offenzulegen, um Voraussetzungen für einvernehmliche Lösungen zu schaffen. Und schließlich, die immer deutlicher werdenden Forderungen nach Abschluß der Arbeiten am Entwurf der Konvention.

Frage: Können Sie näher zu möglichen Fortschritten sagen?

Antwort: Ein Stück sind wir meines Erachtens bei technischen Fragen der Kontrolle des Produktionsverbots von chemischen Waffen vorangekommen. Es gibt Verständigung über zu kontrollierende Chemikalien. Ähnlich liegen die Dinge beim Schutz vertraulicher Informationen, die auf Grund von Kontrollaktivitäten der späteren internationalen Organisation für chemische Abrüstung zugänglich gemacht werden müssen. Nötig ist, daß jetzt alle Beteiligten ohne Wenn und Aber die in Paris eingegangenen Verpflichtungen einlösen, auch die USA.

Frage: Sie sprachen von noch ungelösten Schlüsselfragen. An

welche Probleme denken Sie dabei?

Antwort: Im Kern geht es um Inspektionen auf Anforderung bei einer vermuteten Verletzung der Konvention. Solche Verdachtskontrollen sollen zu jeder Zeit, an jedem Ort ohne Recht auf Ablehnung möglich sein. Es geht um die Reihenfolge der Vernichtung der Bestände chemischer Waffen und von deren Produktionsanlagen. Dazu gehört ebenso das Problem der Sanktionen im Falle von Vertragsverletzungen und die Zusammenfassung des Exekutivrates der künftigen Organisation für chemische Abrüstung. Wenn es in diesen Fragen Bewegung gibt, könnten noch offene Details relativ schnell geklärt werden.

Frage: Was ist an der Regelung der von Ihnen genannten Schlüsselfragen so schwierig?

Antwort: Es bedarf in erster Linie politischer Entscheidungen, um zu Vereinbarungen zu kommen. Das heißt, ein globales, umfassendes und wirksam verifizierbares Verbot chemischer Waffen zum frühesten Zeitpunkt wirklich zu wollen. Natürlich ist ein Verbot chemischer Waffen, die Vernichtung solcher Waffen und ihrer Produktionsstätten keine leichte Sache. Aber wir meinen, daß es bei aller Kompliziertheit der Materie an der Zeit ist, nach sechs Jahren die Dinge in die entscheidende Verhandlungsphase überzuleiten. Darauf zielt auch der Vorschlag der DDR zu einem Treffen der Genfer Abrüstungskonferenz auf Außenministerbene ab, um die zielschießende Fertigstellung der Konvention zu sichern.

Frage: Meines Wissens haben

die sozialistischen Staaten unterschiedene Schritte unternommen, um bei den Verhandlungen einen Durchbruch zu erreichen.

Antwort: Das ist richtig. Manche Initiative ist unternommen worden. Erst jüngst haben die Warschauer Vertragsstaaten in Bukarest effektive Maßnahmen zur Beseitigung chemischer Waffen gefordert und dazu aufgerufen, die Vorbereitung einer Konvention zu ihrem vollständigen Verbot zu beschleunigen. Die Sowjetunion hat erst im Januar auf der Pariser Konferenz eine bedeutsame einseitige Vorleistung für den zügigen Fortgang der Verhandlungen erbracht. Sie wird nach bereits erfolgter Einstellung der Produktion chemischer Waffen noch in diesem Jahr mit deren Vernichtung beginnen.

Was die DDR betrifft, so hat Außenminister Oskar Fischer sowohl in Paris als auch auf der Genfer Abrüstungskonferenz ein ganzes Bündel von Vorschlägen vorgelegt. Die DDR hat erklärt, daß sie keine chemischen Waffen besitzt und keine derartigen Waffen auf ihrem Territorium stationiert sind. Sie betreibt weder die Entwicklung chemischer Waffen noch verfügt sie über Anlagen zu deren Produktion. Für doppelt verwendbare Chemikalien werden strikte Exportkontrollen durchgeführt.

Auf vielfältige Weise unterstützt auch die chemische Industrie der DDR schon heute das Anliegen der Konvention. Im vergangenen Jahr ist eine Probeninspektion durchgeführt worden. Eine chemische Anlage steht für eine internationale Versuchsinspektion zur Verfügung. Mehr noch, die DDR ist bereit, gemeinsam mit der BRD eine Probeninspektion für diesen Fall vorzubereiten und auf der Basis der Gegenseitigkeit durchzuführen. Dies ist im Sinne von Transparenz und

Offenheit. Zugleich könnten Verfahren getestet und wertvolle Erfahrungen für künftige internationale Inspektionen gesammelt werden. Von der Ernsthaftigkeit und der Entschlossenheit des Herangehens der DDR an das Verbot chemischer Waffen zeugt auch der Vorschlag, eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen.

Frage: Nach Pressemeldungen soll es bei den bilateralen Gesprächen zwischen der UdSSR und den USA über ein C-Waffenverbot bedeutende Fortschritte gegeben haben. Ist das in den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz spürbar?

Antwort: Ja, es soll Fortschritte gegeben haben, doch konkrete Ergebnisse wurden der Konferenz bisher nicht vorgelegt. Die Signale der USA-Delegation in den laufenden Verhandlungen sind recht widersprüchlich. Man wartet noch immer auf grünes Licht aus Washington. Hier in Genf wird die von der Sowjetunion wiederholt zum Ausdruck gebrachte Erwartung geteilt, daß dies bald und in positivem Sinne erfolgt.

Frage: Und wie geht es nach der Sommersession der Abrüstungskonferenz mit den Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen weiter?

Antwort: Fest steht, daß wir die Möglichkeit haben, zu einem handfesten Ergebnis, zu wirklicher Abrüstung bei chemischen Waffen zu kommen. Alles spricht dafür, die Verhandlungen auch zwischen den Tagungen der Abrüstungskonferenz intensiv fortzusetzen. Die DDR wird einen derartigen Vorschlag unterstützen. In den folgenden Monaten heißt es, zu prinzipieller Übereinstimmung in den noch strittigen Fragen zu gelangen, damit möglichst 1990 der Schlußpunkt für die Verhandlungen gesetzt werden kann.

Komplizierte Wirtschaftslage im Wahljahr

Brasilien stoppt Aderlaß durch ausländische Banken und Multis

Brasilien hat kürzlich seinen Schuldendienst an ausländische Privatbanken eingestellt. Darüber hinaus werden von der Zentralbank seit mehreren Wochen auch Profite und Dividenden, die brasilianischen Tochterunternehmen an multinationale Konzerne zu überweisen haben, zurückgehalten. Diese drastischen Schritte haben eine einfache Erklärung: Durch den Kapitalabfluß ins Ausland drohte dem Land nach wirtschaftlicher Auszehrung nun der finanzielle Kollaps.

Allein in diesem Jahr sind bereits rund fünf Milliarden US-Dollar an Zinszahlungen und etwa zwei Milliarden an Überweisungen ins Ausland abgeflossen. Das führte dazu, daß die Währungsreserven Brasiliens Ende Juni auf rund 5,6 Milliarden US-Dollar absanken, was die Absicherung lebensnotwendiger Importe ernsthaft gefährdete. Finanzminister Mailson da Nobrega erklärte zur Begründung der einschneidenden Maßnahmen vor dem Kongreß in Brasília, sein Land habe kein Interesse an einer Feindschaft gegenüber den ausländischen Banken, müsse aber konsequent die eigenen Reserven schützen.

Ursprünglich wollte Brasilien seine Zahlungen — im September wären weitere 2,3 Milliarden US-Dollar an ausländische Privatbanken zu überweisen — mit „irischem Geld“ begleichen, das vom Internationalen Währungsfonds (IWF), von der Weltbank sowie weiteren staatlichen und privaten Finanzinstituten zur Verfügung gestellt werden sollte. Diese Pläne ließen sich jedoch nicht realisieren, da einige der vom IWF bei den Verhandlungen erhobenen „Empfehlungen“ in Brasilien zunächst auf erheblichen Widerstand stießen. Dazu gehörten unter anderem die Privatisierung von Staatsbetrieben sowie die Entlassung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Zwar hat jetzt Präsident Sarney die Privatisierung von 14 staatlichen Unternehmen angekündigt, doch die Zustimmung des Parlaments dazu ist nach Auffassung von Wirtschaftsexperten keineswegs sicher. In Pressekommentaren wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf die enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität verwiesen. Das sei vor allem für die Präsidentenwahlen am 15. November wichtig, die durch nichts gefährdet werden dürfen, zumal es sich um die erste Direktwahl eines brasilianischen Staatsoberhauptes seit 29 Jahren handelt.



Wo neue Dollarscheine entstehen und alte vernichtet werden

Es gibt in Washington ein ziemlich unansehnliches Gebäude mit dem Schild „Büro für Graveur- und Druckerarbeiten“. Nur selten achten die Passanten auf dieses Gebäude, da es in den Vereinigten Staaten nur sehr wenig Menschen gibt, die mit der Tätigkeit dieser Einrichtung bekannt sind. In Wirklichkeit verbirgt sich hinter den grauen Mauern und dem nichtssagenden Schild der Münzdruckerei der USA, wo Dollarscheine aller Werte erscheinen.

Alle Ein- und Ausgänge dieses Büros sowie seine wenigen Fenster und Innenräume befinden sich unter dem wachsamem Auge der 400 Kameras und eines ganzen Heeres von Betriebschutzangehörigen. Ein relativ kleines Kollektiv (die Sicherheitsagenten nicht mitgerechnet) bringt rund 6 Milliarden Dollarscheine verschiedenen Wertes in Umlauf. 14 Druckmaschinen sind rund um die Uhr eingesetzt, praktisch ohne Ruhetage. Die Erzeugnisse dieses Büros werden auf Spezialpapier gedruckt, das im Betrieb „Crain and Company Incorporated“, dem einzigen im Lande, produziert wird. Dieses Papier wird nach Washington in einem gepanzerten Wagen unter starker Bewachung befördert. Solches Papier zu besitzen, ist den Privatpersonen vorschriftsmäßig und unter Strafanordnung untersagt.

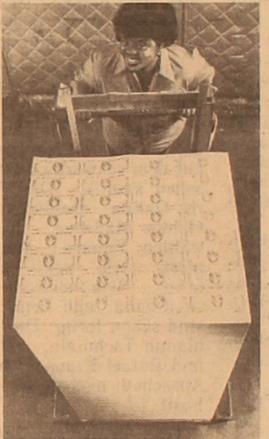
Jedoch beschränkt sich das „Büro für Graveur- und Druckerarbeiten“ nicht allein auf die Papiergeldemission. In dessen Rahmen bestehen Abteilungen, in denen sehr erfahrene Fachleute neue Varianten von Dollarscheinen und -münzen schaffen, die in Feuer, Wasser und chemischen Verbindungen beschä-

digten Scheine wiederherstellen, um sie gegen neue zu ersetzen und den Besitzern zurückzuerstatten. Außerdem gibt es hier Anlagen zur Vernichtung des Papiergeldes, das seine Gültigkeitsdauer schon übertritten hat. Allein 1988 hat das Büro 2 000 Tonne „alter“ Dollars vernichtet.

Unsere Bilder: Ein Graveur bei der Schaffung neuer Varianten von Geldscheinen.

In solchen akkuraten Packungen werden die Erzeugnisse des Büros in die Banken der USA befördert.

Fotos: TASS



Präsidentenwechsel in Südafrika

Der Vorsitzende der regierenden Nationalen Partei Südafrikas, Frederik de Klerk, ist am Regierungssitz in Pretoria als amtierender Staatspräsident versetzt worden. Er tritt die Nachfolge des von diesem Amt zurückgetretenen Pieter Botha an.

Hintergrund des vorzeitigen Rücktritts von Botha waren Differenzen im Zusammenhang mit der für Ende August vorgesehenen Begrüßung de Klerks mit dem Vorsitzenden der Gruppe der Frontstaaten des südlichen Afrika, Sambia Präsident Kenneth Kaunda. Botha hatte sich dem geplanten Treffen vehement widersetzt.

Für Anfang September sind Parlamentswahlen angesetzt, von denen die schwarze Bevölkerungs-

mehrheit wiederum ausgeschlossen ist.

De Klerk löste bereits im Februar Botha als Vorsitzenden der Nationalen Partei Südafrikas (NP) ab, nachdem dieser einen leichten Schlaganfall erlitten hatte. Der 53jährige Politiker und promovierter Jurist hatte im Kabinett Botha von 1982 bis 1985 den Posten des Innenministers inne, danach war er Erziehungsminister.

Im Programm der NP für die September-Wahlen kündigte er eine Fortsetzung von Bothas sogenannter Reformpolitik an, lehnte aber eine generelle Abschaffung der Apartheid ab. Ebenso wies er die Forderung nach Einführung des Wahlprinzips „Ein Mann — eine Stimme“ kategorisch zurück.

Ägypten strebt Steigerung der Getreideproduktion an

Eine deutliche Steigerung der Getreideproduktion Ägyptens sieht ein spezielles Programm vor, das vom Minister für Landwirtschaft und Landgewinnung, Dr. Yousef Wali, gebilligt wurde. Der auf die Erlangung der Selbstversorgung bei Weizen, Reis und Mais orientierte Plan beinhaltet die Erweiterung der Anbaufläche für Weizen auf landwirtschaftlich bereits

genutztem Boden von 1,3 Millionen auf zwei Millionen Feddan (1 Feddan gleicht 0,42 Hektar).

Zusätzlich sollen 500 000 Feddan urbar gemachten Wüstenlandes dafür genutzt werden, um jährlich 7,5 Millionen Tonne Weizen ernten zu können. Auch bei Reis ist neben der Vergrößerung der Fläche der Einsatz von Hochoertrags-

sorten sowie verbesserte Bewässerung vorgesehen. Die Jahresproduktion von Mais soll auf sieben Millionen Tonne erhöht werden, um das Futterproblem bei der Tierhaltung zu lösen.

Ägypten muß jährlich immer größere Devisenmittel vor allem für Weizenimporte einsetzen.

Kinderkriegen in Japan unpopulär

Als unpopulär bezeichnete die Zeitung „Daily Yomiuri“ das Kinderkriegen in Japan. Sie sah sich zu dieser Feststellung angesichts der jüngst veröffentlichten Angaben veranlaßt, wonach 1988 im fernöstlichen Inselstaat mit 1,314 Millionen Babys ein neuer Negativrekord erzielt wurde. Das sind 33 000 Neugeborene weniger als im Jahr

zuvor, als auch schon die bis dahin niedrigste Geburtenziffer registriert werden mußte. Auf eine japanische Frau kommen heute statistisch durchschnittlich 1,66 Kinder. Noch vor 30 Jahren lag diese Rate mehr als doppelt so hoch.

Trost für die Japaner ist eigentlich nur, daß die Kindersterblichkeit hierzulande mit 2,7 pro

Tausend zu den niedrigsten in der Welt gehört. Trotzdem sind die Nachwuchssorgen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Die Demographen hatten letztmalig zwischen 1971 und 1974 einen Baby-Boom registriert. Das derzeitige Tal wird nach ihren Voraussagen erst 1996 durchschritten werden, wenn der Anteil der Kinder an der Bevölkerung auf 17,6 Prozent gewachsen ist. Das bedeutet, daß zu diesem Zeitpunkt im Schnitt nur noch jede dritte japanische Familie Nachwuchs haben wird.

Ohne Honig geht es nicht

Raffinierte, Kristallzucker, Sorbit — all dies läßt eine arabische Hausfrau stehen, wenn sie genügend Honig hat. Auch in Irak werden viele Gerichte — ob Volksspeisen oder Diät — mit Vorliebe honigstüß genossen. Die vielfältigsten Legenden, die seit Jahrhunderten tief im irakischen Volk verwurzelt sind, ranken sich inzwischen um den Honig und seine angeblich magischen Kräfte. So soll er die Jugend zurückbringen, die Manneskraft stärken und das Denken anregen. Schwangeren wird er in jedem Fall empfohlen, auch als Medizin gegen die häufig auftretenden Magen-Darm-Verstimmungen wird er eingenommen sowie zur Wundbehandlung äußerlich angewandt.

Gegessen wird Honig überall, doch gesammelt von ungezählten Bienenstöcken nur in Nordirak. Hier hielten die Kurden schon immer die meisten Immen. Ein Hochgenuß zu feiern und manchmal

auch alltags ist für sie ein Teelöffel Naturhonig, vermischt mit einer Handvoll Schnee — und dies zu allen Jahreszeiten. Denn so, wie der Honig in ihren Vorratskammern überwintert, lassen sie frischen Schnee aus den Bergen in ihren Gefriertruhen oder Vorratsgruben übersommern.

Das Land ist fruchtbar, ein Bienenstock könnte praktisch überall stehen. Stets sind für die Bienen größere Pflanzungen wie Zitronen- und Orangenhäuser oder Sonnenblumenfelder in Reichweite. Deshalb widmet sich das Landwirtschaftsministerium nun der Frage, wie der hohe Bedarf an Honig in Irak aus eigenem Aufkommen gedeckt werden kann.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialen der TASS und ADN vorbereitet.

In den Bruderländern

Srebyrna an der Donau

SOFIA. Eine der sechs europäischen Natursehenswürdigkeiten, die zum Weltfonds der UNESCO gehören, ist das bulgarische Biosphärenreservat „Srebyrna“ an der Donau. Hier ist etwa rund die Hälfte der in Bulgarien beheimateten Vogelarten anzutreffen, und 90 von ihnen brüten im Schilf des rund 800 Hektar großen Sümpfbereiches. Der besondere Schatz des Srebyrna, wie „Srebyrna“ auf deutsch heißt, sind die Krauskopfpelikanen, von denen auf dem europäischen Kontinent nur noch etwa 600 Paare leben. Alljährlich während 60 bis 80 Paare der im internationalen Rotbuch stehenden Vögel „Srebyrna“ zu ihrem Nistplatz. Sie bevorzugen eine im See schwimmende Schilfinsel. Von einer Forschungsstation aus kann die Pelikan-Kolonie ebenso wie das ganze ungestörte Treiben am und auf dem See mittels im Schilf installierter Kameras sowie durch Fernrohre beobachtet werden. Schon im XIX. Jahrhundert hatte der ungarische Reisende und Gelehrte Felix Kanitz aus Srebyrna des malerischen Sees und Sümpfbereiches geschrieben: „Ich habe das Dorado der Sümpfvögel gesehen.“ Damit dieses Paradies erhalten bleibt, wurde es vor vier Jahrzehnten unter Naturschutz gestellt. Zahlreiche staatliche und gesellschaftliche Organe und Orga-

nisationen in Bulgarien widmen dem Natur- und Umweltschutz große Aufmerksamkeit. So mußte vor ethischen Jahren ein für die Landwirtschaft durchaus wichtiger Deich, der aber fast das „Aus“ für „Srebyrna“ bedeutete hatte, wieder abgetragen werden, weil er die notwendige Frischwasserzufuhr von der Donau unterband. Ebenso ist in „Srebyrna“ das Schilfschneiden trotz ökonomischer Bedeutung verboten. Mischo Michailow vom Komitee für Umweltschutz beim bulgarischen Ministerrat verweist auch auf die Sorgen, die die „Naturinteressiertheit“ in- und ausländischer „Hobby-Zoologen“ bringt; kaum einer dieser „Safari-Jünger“ weiß, welche Arten geschützt sind. Immerhin stehen in Bulgarien 327 Vogelarten, 44 Säugetierarten, 21 Kriechler und zehn Amphibienarten unter dem Schutz des Gesetzes; das sind 90 Prozent der hier vorkommenden Vögel, Lurche, Reptilien und Säuger. Bevorzugte Objekte ungesetzlicher Sammelleidenschaft sind vor allem Lurche, Käfer, Schmetterlinge und Schildkröten, die einem aber durchaus teuer zu stehen kommen können. Bei einem beigefügten Schaden bis zu 1 000 Lewa werden bis zu 500 Lewa Strafe kassiert — zuzüglich zum materiellen Ausgleich für den Wert der Tiere.

Kleingärtner schaffen Nutzen für alle

BERLIN. Die größte Freizeitorganisation der DDR — der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) hat gegenwärtig 1,5 Millionen Mitglieder. Sie finden in ihren Sparten und Parzellen Erholung und Entspannung und gestalten zugleich ein Stück schöner Umwelt. In zahlreichen Veranstaltungen bilden sie sich weiter, schaffen sich und anderen Vergnügen. Den Nutzen davon haben alle: Allein in diesem Jahr verkaufte die Kleingärtner und andere Kleinproduzenten bis Mitte Juli 75 377 Tonne Gemü-

se und 21 562 Tonne Obst. Bei Honig liegt die Menge derzeit mit 6 676 Tonne mehr als doppelt so hoch wie im vorigen Jahr.

Seit 1986 nahmen 106 000 Kleingärtner neue Parzellen in Besitz. Trotzdem bleibt noch viel zu tun, um das vom XI. Parteitag der SED beschlossene Ziel, 150 000 neue Gärten anzulegen, zu verwirklichen. Um dem Bedürfnis nach Erholung und Betätigung im Grünen immer besser Rechnung zu tragen, wirken die Vorstände des VKSK eng mit den staatlichen Organen zusammen.

Histria — versunkene Handelsmetropole am Schwarzen Meer

BUKAREST. Rund 2000 Jahre liegt die Blütezeit von Histria — der ältesten Stadt an der rumänischen Schwarzmeerküste — zurück. Wo heute nur noch Ruinen von Thermen, Marktplätzen, Brunnen, Wohnhäusern und Festungsmauern zu sehen sind, florierte einst der Handel. Histria — der Name erinnert an die antike Bezeichnung der Donau. Die Stadt wurde Mitte des VII. Jahrhunderts v. u. Z. von griechischen Kolonisten v. u. Z. aus Milet gegründet und lag ursprünglich direkt an der Meeresküste. Sie gehörte zur Kette einstiger griechischer Handelsplätze entlang der gesamten Schwarzmeerküste — wie auch Tomis, auf dessen Grundfesten heute Constanta steht und Callatis, das jetzige Mangalia.

unserer Zeitrechnung geriet Histria unter die Herrschaft Roms, wurde jedoch als Stadt mit besonderen ökonomischen und politischen Privilegien bedacht, die einen weiteren Aufschwung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ermöglichten.

Spuren von zahlreichen Altären, Inschriften, Münzen, zwei in dieser Zeit errichtete Badeanstalten und über 30 Kilometer lange tönerner Trinkwasserleitungen bezeugen dies.

Im Jahre 248 wurde die Stadt von den Goten zerstört. Um gegen neuerliche Angriffe gewappnet zu sein, entstand die heute noch erhaltene römisch-byzantinische Festungsmauer. Den ständigen Angriffen vor allem slawischer Stämme in der Mitte des VII. Jahrhunderts konnten sich die Bewohner bald nicht mehr erwehren, und so verließen sie Histria. Die Stadt verfiel.

Die Tatsache, daß Histria nach ihrem endgültigen Niedergang niemals wieder besiedelt wurde, ließ sie zu einem idealen Feld archäologischer Untersuchungen werden.

In wenigen Zeilen

WASHINGTON. Mit dem Absetzen von Fallschirmjungeinheiten auf dem Raketenstützpunkt Fort Bliss (USA-Bundesstaat Texas) haben großangelegte Übungen der USA-Streitkräfte unter der Bezeichnung „Rowing Sands“ begonnen. Es ist das größte je in den USA durchgeführte Luftabwehrmanöver.

Neben Luftstreitkräften nehmen Einheiten des Heeres sowie der Marineinfanterie teil. Die Handlungen der übrigen Truppen werden von Fort Bliss aus geleitet, wo ständig über 8 000 Militärangehörige sowie eine große Anzahl von Flugzeugen und Artilleriesystemen konzentriert sind. Das Manöver soll voraussichtlich zwei Wochen dauern.

BELFAST. Zu den schwersten Zusammenstößen seit fünf Jahren ist es in der Nacht zum Dienstag in der nordirischen Stadt Londonderry gekommen. Nach einem Protestmarsch gegen die Anwesenheit britischer Truppen lieferten sich Jugendliche und Sicherheitskräfte bis in die Morgenstunden eine Straßenschlacht. Die Polizisten feuerten Plastikgeschosse in die Menge, aus der Brandsätze geworfen wurden. Dabei wurden mehrere Personen verletzt.

MANILA. Das Geiseldrama im Gefängnis von Davao im Süden der Philippinen ist am Dienstag mit dem Tod sämtlicher 16 Meuterer und fünf der 15 Geiseln zu Ende gegangen. Unter den Toten befinden sich eine australische Missionarin und ein neunjähriger Junge.

Im Objektiv: Republik Malta

Malta ist ein aus einer Inselgruppe bestehender Staat im zentralen Teil des Mittelmeeres. Die flächenmäßig größten unter ihnen sind die Inseln Malta, Gozo und Comino. Die Stadt La Valletta ist die Hauptstadt des Landes, die 9 000 Einwohner zählt. Hier wird maltesisch und englisch gesprochen, und die Konfession ist der Katholizismus.

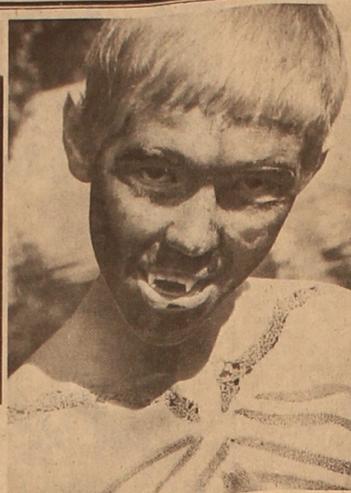
Dieser Inselstaat hat eine stürmische Vergangenheit. Dank seiner strategischen Lage war Malta immer ein Gegenstand der Begierde der ausländischen Eroberer. Über Malta herrschten Phönizier, Karthager, Römer, der Malteser-Orden und Frankreich. Seit 1800 und bis 1921 war es eine Kolonie von Großbritannien. 1964 erhielt Malta im Rahmen des Commonwealth die Unabhängigkeit, und 1974 wurde es zur Republik ausgerufen. Seit 1986 ist der Status Malτας als neutraler Staat gesetzlich verankert.

Unsere Bilder: Diese Kathedrale ist der Gegenstand eines besonderen Stolz der Malteser. An Feiertagen werden auf dem Platz vor der Kathedrale theatrales Vorstellungen gezeigt, die die Seiten der alten Geschichte wieder lebendig machen. Die stürmische Vergangenheit des Malteserstaates hat sich auch auf die Architektur seiner Städte ausgewirkt. Im Falle eines Angriffs wurden hier die Häuser sofort zu Festungen. Die meisten Häuser in den Straßen der Stadt haben keine Fenster. Es kommen auch Treppenhäuser ohne Türen vor...

Fotos: TASS



Kinder-Freundschaft



Mit einem Märchenfest im Märchentale klingt der Sommer aus

150 Jungen und Mädchen, lustig, lebensfroh und braungebrannt, kehren nächstens aus dem Pionierlager „Jablonjka“ („Apfelbäumchen“) bei Alma-Ata in die Stadt zurück, um mit neuen Kräften das neue Schuljahr zu beginnen. Aber sie wollen erst den letzten Lager-tag irgendwie ganz besonders schön durchleben. Dazu haben sie ein Märchenfest vor, für das jetzt schon fleißig gebastelt, Kostüme entworfen und sofort genäht werden, das Drehbuch geschrieben und unendlich viel phantasiert wird.

Die malerische Umgebung: blaue Berge, sprudelnde Bächlein, prächtige Kiefern und Tannenwälder umringen das Lager. Die Landschaft selbst verlockt die Märchenfreunde, in Märchen zu spielen. Die Drehbuchautoren haben es „Der Tag des Waldgeistes“ genannt. Sie verriet uns, daß an diesem Tag auf jedem Pfad, hinter jedem Busch etwas ganz Undenkliches geschehen kann. Also, Vorsicht, einem Fremden können hier „Waldgeister“ nachstellen, „Waldfeen“ können ihn verzaubern.

Bereits beim appetitlichen Frühstück wird das Programm für den ganzen Tag durchgesprochen: Es sind ja noch sehr viele Aufgaben

zu erledigen. Die Mädchen, die natürlich alle „Waldfeen“ sein wollen, lesen sich die schönsten Blumen aus der „Grünen Apotheke“, in der sie sonst die Heilkräuter sortieren und sorgsam trocknen, heraus und schmücken damit ihre Märchengewänder.

Wo man hier auch geht und steht, überall wird nur noch über das bevorstehende Märchenfest gesprochen. Die jungen Dichter dichten Verse, die Maler zeichnen Plakate und illustrieren Märchen.

Auf den Bildern: In der Kantine beim Frühstück; Der allerschrecklichste in dem ganzen Vorhaben wird Mefisto sein (Schade, daß man seine rotgefärbte Haut auf dem schwarzweißen Foto nicht sehen kann!); Die Pionierleiterin Galina Boldyrewa hilft den kleinen Mädchen die Blumen zu wählen; Eduard Machtijew trainiert sich zum „Waldgeist“; Die Waldfeen Larisa Kusina und Lena Malygina sind schon fertig; Die Räuber Weniamin Tschursin, Dima Frolow und Rafael Krause halten schon Ausschau, nächstens beginnt das Fest!

Text: Valentine TEICHRIB
Fotos: Juri Weidmann



Herbert HENKE



Onkel Heinrich

Als sie ein gutes Stück seitwärts gegangen waren, sagte Onkel Heinrich, der den Streit der beiden wahrscheinlich gehört hatte:

„Während der Ferien wollt ihr gewiß einen Ausflug machen?“ Die Jungen hatten keine Lust, ihre Geheimnisse auszuplaudern. Onkel Heinrich fuhr wie im Selbstgespräch fort:

„Ich würde unbedingt eine Tour an den Zirbelsee machen...“

Die beiden sahen sich verdutzt an.

„Ein toter See“, sagte Edi. „Dort sind keine Fische, das weiß jeder, und wir wollen doch fischen.“

Aber Onkel Heinrich entgegnete unerwartet:

„Wißt ihr das so genau? Ich glaube, das ist ein Irrtum. Warum soll es dort keine Fische geben? Zwar liegt der See zwischen Sümpfen und Büten, aber er ist stellenweise tief und das Wasser

ist rein. Ich würde selbst gern nachsehen, aber...“ Er verstummte für eine Weile und fügte hinzu:

„Na, in einigen Wochen wird mein Rheuma hoffentlich nachlassen. So leicht laß ich mich nicht unterkriegen! Und dann geh ich selbst hin.“

Slawik zuckte mit der Achsel: von keinem Menschen hatten sie bisher etwas Ähnliches gehört. Sie hatten den Eindruck, daß der Alte ihnen was vorflunkerte. Onkel Heinrichs Hartnäckigkeit mußte aber doch einen Grund haben... Um die Sache abzutun, sagte Slawik:

„Wir können nachsehen, uns fällt es nicht schwer.“

Aber am anderen Tag wurde auf der Wiese Ball gespielt. Die Jungen durften natürlich nicht fehlen. Ihre Mannschaft erlitt aber mehrere Niederlagen. Am Abend sagte Edi erbittert:

„Den Prahlhänsen müssen wir es heimzahlen...“

Der Wettstreit dauerte eine ganze Woche. Eines Morgens kam Slawik früher als gewöhnlich auf dem Fahrrad zu Edi:

„Mach dich bereit“, sagte er nicht ohne Erregung.

„An den Zirbelsee?“

Slawik nickte ernst und vergaß nicht hinzuzufügen:

„Die Floßfahrt machen wir nachher. Gestern war mein Vater bei Onkel Heinrich, und heute sagte er unerwartet: „Na, wann geht ihr an den Zirbelsee?“ Und dann genau so wie Onkel Heinrich: „Woher weißt du denn, daß es dort keine Fische gibt?“ Dabei hatte er so rätselhaft gelächelt...“

Eine halbe Stunde später radelten die beiden eilig aus dem Dorf.

Der Zirbelsee stieß mit einer Seite an schroff abfallende Bergelehnen. Das andere Ufer aber umgaben sumpfige Wiesen mit einem Zirbelwäldchen. Seitwärts vom Wald standen hier und da verkümmerte Birken, hin und wieder auch schwächliche Kiefernstämme. Dün-

Auf ein Wort, Genosse!

Erneuerung

Im Juni weilte ich mit meinem Vater einige Wochen bei meinen Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland. Vorhin kannte ich dieses Land nur vom Hörensagen, aber lieber einmal alles mit eigenen Augen sehen als sich darüber von anderen informieren lassen.

Und nun sitzen wir im Zug und durchqueren die Staatsgrenze unserer Heimat; Ein ganz besonderes Gefühl, um so mehr als ich vorhin noch niemals so weit gereist bin. Außer den vielen Eindrücken von den Sehenswürdigkeiten, möchte ich hier mehr auf die Menschen selbst eingehen. Ich muß sagen, daß sie ganz normale, wißbegierige Leute sind, die sich für unser Land sehr interessieren. Sie sind über die Umwandlungen in unserem Land gut informiert und sehr wohlwollend gestimmt. Gerade zu meinem Aufenthalt dort, fand der Besuch M. S. Gorbatschows in die BRD statt, und ich konnte mich vergewissern, daß dieser große Staatsmann dort sehr populär ist. Mich jedenfalls machte

es sehr glücklich. Wissen wir doch, daß die Beziehungen zwischen den Menschen in der ganzen Welt noch vor kurzem ziemlich kühl waren...



Jetzt aber erlebte ich hier ein waches Interesse für uns Sowjetmenschen, Zuverlässigkeit und Neugierde.

Alles wäre ja schön und gut, wenn nicht ein Aber, worin ich selbst schuld bin: ich hatte Schwierigkeiten bei der Verständigung mit den Leuten in meiner eigenen

Muttersprache! Ich Deutsche konnte nicht Deutsch! Mein Vater, zum Glück kann er gut Deutsch, mußte mir auf Schritt und Tritt aus der Patsche helfen. Das ist natürlich eine traurige Tatsache, aber ich möchte, daß sich dieses Problem lösen läßt. Ich habe mir fest vorgenommen, meine Muttersprache gründlich zu erlernen! Es klingt blöd — die eigene Muttersprache zu erlernen, aber es ist die Wahrheit. Meine Muttersprache brauche ich, um deutsche Bücher zu lesen. Ich beraube ja sonst mich selbst!

Mit diesem kleinen Artikel will ich mich an alle meine Altersgenossen und jüngere Vertreter unseres Volkes wenden: Wollen wir unsere Muttersprache erlernen! Verliert keine einzige Stunde, lernt und klärt andere für diese Idee auf. Unsere Muttersprache ist herrlich, davon habe ich mich selbst überzeugen können. Und schämt euch nicht, in eurer Mundart zu sprechen.

Der Anfang wird sicher nicht leicht sein. Aber unsere Großeltern und Eltern können uns dabei helfen. Viel Erfolg, meine Freunde!

Nelly LORENZ,
Oberschülerin

Schriftsteller über ihre Kindheit

Das erste Poesiebuch

Warum bin ich Schriftstellerin geworden? Auf welche Weise ist dies geschehen? Es sind komplizierte Fragen, auf die es nicht leicht ist, kurz zu antworten. In der Erinnerung taucht aber sofort mein Heimatdorf auf und mein Opa, der Imker war. Die frische, würzige Luft, die mit hohen Gräsern und Blumen bewachsenen Berge, die majestätischen Felsen und in ihrem Schutz die summende Imkerei, mein fleißiger, rühriger Opa, vieles andere entsteht vor dem geistigen Auge. Es war das Schöne, das mich in der Kindheit freute und meine Seele formte. Als ich dann eines Tages ein kleines Büchlein mit den Gedichten von Sergej Jessenin an der Autobahnstation in der Stadt zufällig kaufte und mich in die Lektüre vertiefte, begriff ich, daß man das Schöne, das man selbst erlebt hat, mit Wor-



ten ausdrücken darf und kann. Ich machte die ersten Versuche. Sie wollten mir nicht gelingen. Aber der Wunsch, das Schöne zu ergrün-

den und auf dem Papier zum Ausdruck zu bringen, verließ mich nie mehr. Das viele Lesen, die hartnäckige Arbeit beim Feilen des Geschriebenen führten schließlich dazu, daß ich meine Gedichte und Erzählungen veröffentlichen konnte. Nun schreibe ich gern über die ehemalige alte Schmiede in meinem Heimatdorf, über die zum Spaß stets aufgelegten Bauern, meine Landsleute, über die Schönheit der Natur und des Menschen. Ich fühle mich als ein weißes, dünnes Fädchen, das mein Heimatdorf mit der großen, sinnvollen des Schönen verknüpft. Dieses Fädchen haben einst meine Landsleute, die schöne Landschaft, die mein Heimatdorf umgab, mein Opa und meine immer fröhlichen Eltern gesponnen. Vielleicht wißt ihr, Kinder, auch noch nicht, daß man das Schöne, das uns täglich umgibt, mit Worten äußern und aufs Papier bringen kann. Dann möge auch Jessenin oder Goethe, vielleicht auch ein sowjetdeutscher Dichter auf diesen Gedanken bringen. Glücklichen Start!

Elsa ULMER

Alexander BRETTMANN



Fünf verwandte Frösche schwammen quakend aus dem Teich, und sie wärmten in der Sonne sich — Pinguinen gleich.

Quak! Quak! Wie sie quakten über dies und das. Quak! Quak! Wie sie sprangen auf dem weichen Gras. In das lustige Gequacke unmaßig verliebt, sie vergaßen, daß es Störche hier im Umkreis gibt. Wie gerufen schielte schon einer nah aus dem Gesträuch. Alle fünf, um sich zu retten, plumpsten in den Teich. Fragend aus dem Wasser glotzten stumm vier Frösche grün: „Wo kam nur das fünfte Fröschlein, unser Bruder, hin?“

Rätsel

Wind und Wasser geben mir allein das Leben. Speise nehm' ich nie zu mir, doch bereit' ich deine dir.

Erzählung

ne bläuliche Dünste hingen über den Wiesen und weithin hallten die gellenden Schreie kreisender Möwen und Kronschnepfen. Die Jungen hatten ihre Räder am Saum der Wiesen unter einen Baum gestellt und sprangen nun, mit ausgestreckten Armen das Gleichgewicht wachend, über schwankende, nachgiebige Sumpfhügel, aus denen in dichten Büsten junges Schnittgras emporstrebte, das mit seinem hellen Grün von der rostigen glucksenden Flüssigkeit kraß abstach.

„Wie schwarz der See aussieht“, sagte Edi nachdenklich.

„Im Bürgerkrieg soll hier ein Trupp weißer Reiter ertrunken sein“, erinnerte sich Slawik. „Sie kehrten von einem Raubzug zurück und wollten den See überqueren, das Eis brach aber plötzlich...“

Sie standen am Ufer und brachten ihr Angelgerät in Ordnung. Slawiks Augen bohrten sich erwartungsvoll in die dunkle Tiefe: „Siehst du nichts?“

Er wollte die Angelschnur auswerfen, doch auf einmal erschlaffte seine Hand:

„Fische!“ stieß er erregt hervor. Edik entfiel die Schachtel mit

dem Köder, er beugte sich mit aufgespreiztem Mund über die Böschung.

„Da, da! Wirklich Fische! Ein ganzer Zug Nachwuchs! Wie ist das möglich?“

„Und niemand weiß davon!“ Der Schwarm der Kleinfische war im Röhricht verschwunden. Hastig warfen die Knaben die Angeln aus. Edi hatte zuerst Glück: schon nach wenigen Minuten war er die erste goldschimmernde Karausche ins Gras. Daß es eine Karausche war, stellte er sofort mit Kennerblick fest, und das war besonders wunderbar. Im Fluß Beresch, der sich einige Kilometer seitwärts durchs Tal schlängelte, gab es keine Karauschen. Die Knaben ergingen sich in Mutmaßungen. Endlich rief Slawik triumphierend:

„Weißt du, woher die Fische sind? Die Möwen haben sie hergeschleppt! Ja, ja, die Möwen!“

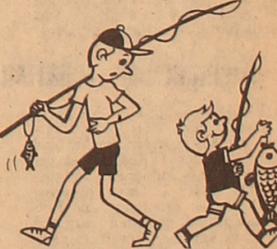
Edi schüttelte zweifelnd den Kopf: „Karauschen gibt es zwar im Aschpil, aber bis dorthin sind es mehr als zwanzig Kilometer!“

(Schluß folgt)

Zum Kichern



Unter den Fittichen des Pionierleiters.



Ohne Worte. Zeichnungen von Alexander Schestakow

Miki sorgt für Briefreunde

Drei dreizehnjährige Mädchen wünschen sich Briefpartner unter Altersgenossen, die Interesse für Briefreundschaft und Pöpgymnastik haben.

Hier ihre Adressen: 660099 St. Krasnojarsk Ul. Shelesnodoroshnikow 12, Wohnung 115 Ludmilla Iwanowa 658213 Altairegion, St. Rubzowsk, Ul. Gromowa, 18 Wohnung 31 Larissa Kakoritsch 47145 Gebiet Zelinograd, Rayon Zelinograd, Dorf Krasnojarka Dom Nr. 24 Irene Wagner

Chefredakteur Konstantin EHRLICH

Unsere Anschrift:

Kasachstans SSR, 480044, Alma-Ata ul. M. Gorkogo, 50 4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69; 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84; 33-33-71; Leserbrief — 33-48-29; 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanaj — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОИНДШАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

M | 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П | 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Заказ 12201